

WIFO

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Entwicklung und Verteilung
der Einkommen
Grundlagen zum Sozialbericht 2010**

**Christine Mayrhuber, Thomas Leoni,
Markus Marterbauer**

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi,
Doris Gabriel, Silvia Haas

Dezember 2010

Entwicklung und Verteilung der Einkommen Grundlagen zum Sozialbericht 2010

Christine Mayrhuber, Thomas Leoni, Markus Marterbauer

Dezember 2010

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Begutachtung: Christine Zulehner • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi, Doris Gabriel, Silvia Haas

Inhalt

Die vergangenen Jahrzehnte waren von einem anhaltenden Rückgang der Lohnquote gekennzeichnet. Durch den Konjunkturunbruch stieg die Lohnquote 2009 erstmals seit Jahrzehnten wieder; der langjährige rückläufige Trend wird aber dadurch nicht verändert. Die vorliegende Studie analysiert anhand unterschiedlicher Daten den Bedeutungsgewinn der Einkünfte aus Besitz und Unternehmenstätigkeit, der mit dem Rückgang der Lohnquote einhergeht. Die Selbständigeneinkommen sind deutlich höher als die Durchschnittseinkommen der unselbständig Beschäftigten und wesentlich ungleicher verteilt. Diese Einkommensdifferenzen sind auch auf der Haushaltsebene zu beobachten: Die Nettoeinkommen der privaten Haushalte mit Selbständigeneinkünften sind ungleicher verteilt als jene ohne Selbständigeneinkünfte. Die Verteilung der Einkommen von unselbständig Beschäftigten wird gemäß den jüngsten Daten zunehmend ungleich. Der Anstieg der Zahl der Beschäftigten pro Haushalt in den unteren Einkommensschichten kompensiert teilweise die Einkommensungleichheit auf Personenebene, insbesondere für Haushalte mit Unselbständigeneinkommen. Auch für die Pensionseinkommen zeigt sich im vergangenen Jahrzehnt eine steigende Einkommensstreuung.

Rückfragen: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at, Thomas.Leoni@wifo.ac.at, Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

2010/402-1/S/WIFO-Projektnummer: 2210

© 2010 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41017&typeid=8&display_mode=2

Inhaltsverzeichnis

1.	Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung	1
1.1	<i>Starke Schwankungen in der Entwicklung des Volkseinkommens</i>	1
1.2	<i>Starker Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen</i>	5
1.3	<i>Ausblick</i>	7
2.	Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen unselbständig Beschäftigter	8
2.1	<i>Einkommensunterschiede nach Wirtschaftszweig und sozialrechtlicher Stellung</i>	9
2.2	<i>Einkommensunterschiede nach Alter und Geschlecht</i>	12
2.3	<i>Die Entwicklung der Einkommensverteilung</i>	18
3.	Die Entwicklung der sekundären Verteilung	21
3.1	<i>Entwicklung und Verteilung der Nettoeinkommen (personelle Ebene)</i>	21
3.2	<i>Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen</i>	23
4.	Entwicklung der Einkommen aus selbständiger Arbeit	26
4.1	<i>Entwicklung und Verteilung der Selbständigeneinkommen laut Einkommenssteuerstatistik</i>	29
4.2	<i>Entwicklung der Selbständigen Einkommen laut Beitragsgrundlagenstatistik</i>	32
4.3	<i>Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen von Selbständigen</i>	33
4.4	<i>Selbständigeneinkommen - Zusammenschau</i>	35
5.	Verteilung der Pensionseinkommen	37
5.1	<i>Verteilung der Pensionseinkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung</i>	37
5.2	<i>Pensionshöhe in der gesetzlichen Pensionsversicherung nach Altersgruppen</i>	40
5.3	<i>Verteilung der Pensions- und Ruhegenusseinkommen</i>	41
6.	Zusammenfassung	43
	Literatur	45

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 1: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte	3
Übersicht 2: Medianeinkommen nach Geschlecht und Sektoren in Österreich 1995 und 2007	10
Übersicht 3: Durchschnittseinkommen nach Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung in Österreich 2003 und 2008	11
Übersicht 4: Einkommen nach Wirtschaftsklassen und geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede	16
Übersicht 5: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede	17
Übersicht 6: Entwicklung der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Lohneinkommen	19
Übersicht 7: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen	20
Übersicht 8: Verteilung der Brutto- und Nettobezüge Arbeitnehmer insgesamt	22
Übersicht 9: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 bis 2008	25
Übersicht 10: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2004 bis 2008	25
Übersicht 11: Höhe der durchschnittlichen Selbständigen-Bruttojahreseinkommen nach schwerpunktmäßigen Einkünften	31
Übersicht 12: Einkommensverteilung der Bruttojahreseinkommen Selbständiger aus schwerpunktmäßig selbständiger Tätigkeit 2000 bis 2007	32
Übersicht 13: Verteilung der Beitragsgrundlagen von Gewerbetreibenden und Land- und ForstwirInnen im Jahr 2008	33
Übersicht 14: Entwicklung der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen von Haushalten mit Selbständigeneinkommen	35
Übersicht 15: Verteilung der Pensionseinkommen gemäß Sozialversicherungsdaten	39
Übersicht 16: Monatliche Durchschnittspensionen (einschließlich Sonderzahlungen), brutto, nach Altersgruppen und Versicherungsanstalt, 2009	41
Übersicht 17: Verteilung der Pensionseinkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung und bei BeamtInnen gemäß Lohnsteuerstatistik 2008	42

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die langfristige Entwicklung der Einkommen	4
Abbildung 2: Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt	6
Abbildung 3: Brutto- und Nettolohnquote	7
Abbildung 4: Medianeinkommen nach Alter, Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung	13

Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen

Christine Mayrhuber, Markus Marterbauer, Thomas Leoni

Der Entwicklung und Verteilung der Einkommen kommt - insbesondere angesichts der jüngsten Wirtschaftskrise - sowohl aus konjunkturpolitischer als auch aus sozialpolitischer Sicht eine große Bedeutung zu. Die Einkommensentwicklung ist eine wichtige Determinante der Konsumnachfrage und somit des wirtschaftlichen Wachstums. Die Verteilungssituation hat vor dem Hintergrund der geplanten Budgetkonsolidierung in der politischen Diskussion an Relevanz gewonnen. Vorliegender Bericht beleuchtet die Entwicklung der Einkommen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Im ersten Abschnitt wird die funktionelle Verteilung, die Aufteilung der Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital analysiert. Die personelle Einkommensverteilung im zweiten Abschnitt fokussiert die Einkommensunterschiede nach Wirtschaftszweigen, sozialrechtlicher Stellung, Alter und Geschlecht. Im dritten Abschnitt erfolgt eine Gegenüberstellung der Entwicklung und Verteilung von Brutto- und Nettoeinkommen sowohl auf personeller Ebene als auch auf Haushaltsebene. Im vierten Abschnitt wird erstmals in diesem Bericht der Versuch unternommen, die Einkommenssituation der selbständig Beschäftigten zu erfassen und darzustellen. Der abschließende fünfte Abschnitt beleuchtet die Entwicklung und Verteilung der Pensionseinkommen in Österreich.

1. Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung

1.1 Starke Schwankungen in der Entwicklung des Volkseinkommens

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre verlief außergewöhnlich volatil: Zwar war die konjunkturelle Erholung nach der Rezession 2001 zunächst sehr verhalten und die Arbeitslosigkeit stieg stetig an. Doch im Jahr 2004 setzte ein kräftiger Konjunkturaufschwung ein. Er war getragen von einer zügigen Exportkonjunktur, begleitet von relativ verhaltener Investitionsbelebung und stetiger, aber mäßiger Expansion der Konsumnachfrage der privaten Haushalte (vgl. *Ederer – Marterbauer – Scheiblecker, 2008*). In der Hochkonjunktur wurde die Beschäftigung rege ausgeweitet und die Arbeitslosigkeit ging merklich zurück: Zu Beginn des Jahres 2008 lag die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen mit gut 200.000 um mehr als 50.000 unter dem Höchststand vom Herbst 2005.

Mitte 2008 erreichte die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise auch Österreich. Exportnachfrage, Industrieproduktion und Ausrüstungsinvestitionen brachen mit einer

Dynamik ein, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu beobachten war; auch die Bauinvestitionen gingen markant zurück. Einzig die Konsumnachfrage des Staates und der privaten Haushalte expandierten schwach aber stetig und stabilisierten so die Konjunktur (Scheiblecker *et al.*, 2010). Das Bruttoinlandsprodukt sank ab Mitte 2008 vier Quartale in Folge, im Jahr 2009 verringerte sich das BIP real um 3,9% gegenüber dem Vorjahr. Der Konjunkturinbruch fiel damit nur wenig verhaltener aus als im Durchschnitt der EU (-4,2%). Die schwere Rezession führte zu einer markanten Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten: Die saisonbereinigte Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten ging vom Höhepunkt Mitte 2008 bis zum Tiefstand im Herbst 2009 um 63.000 zurück; jene der registrierten Arbeitslosen erhöhte sich um 65.000. Dazu kommt ein Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in Schulungsmaßnahmen um 27.000; das Abgabenaufkommen des Staates sank vor allem aufgrund des Rückgangs der Beschäftigung und des Einbruchs der Gewinne kräftig; der Finanzierungssaldo des Staates verschlechterte sich von -0,4% (2008) auf etwa -4,6 % des BIP (2010).

Ab Mitte 2009 kam es dank weltweit expansiver Budget- und Geldpolitik zu einer Stabilisierung der Konjunktur. Doch bislang folgte kein kräftiger Konjunkturaufschwung, sondern ein nur verhaltener Anstieg des BIP. Dennoch stabilisierte sich der Arbeitsmarkt, die Beschäftigung erholt sich leicht, die Zahl der Arbeitslosen geht leicht zurück.

Die Konjunktur spiegelt sich auch in der Entwicklung des Volkseinkommens, das aus den gesamten im Produktionsprozess erwirtschafteten Faktoreinkommen, wie den Arbeitseinkommen (Bruttolöhne und -gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) und den Gewinn- und Vermögenserträgen besteht. Es erhöhte sich in den Jahren des Konjunkturaufschwungs und der Hochkonjunktur (2004-2007) durchschnittlich nominell um 5,5% pro Jahr. Auch 2008 war zunächst noch ein merklicher Zuwachs zu verzeichnen. In der Rezession ging das Volkseinkommen allerdings um 4,4% zurück. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2009 erhöhte sich das Volkseinkommen um 3,4% (Übersicht 1).

Die Arbeitnehmerentgelte nahmen im gleichen Zeitraum mit 3,2% um 0,2 Prozentpunkte langsamer zu. Vor allem in der Phase verhaltener Konjunktur nach der Rezession 2001 stiegen die Arbeitnehmerentgelte (+1,9% p.a.) kaum. Die Unternehmens- und Vermögenserträge stiegen etwa vier Mal so rasch (+7,4% p.a.). In der Hochkonjunktur 2004-2007 stiegen die Arbeitnehmerentgelte vor allem dank guten Beschäftigungswachstums kräftig (+4,5% p.a.), allerdings weiterhin deutlich langsamer als die Gewinne und Vermögenseinkommen (+7,7% p.a.).

Die Nichtlohneinkommen sind seit Übergang zum Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 95 nicht mehr separat ausgewiesen, sondern stehen nur noch pauschal zur Verfügung. Von 2001 bis 2009 erhöhten sie sich durchschnittlich nominell um 4,0% pro Jahr und damit um knapp einen Prozentpunkt pro Jahr rascher als die Arbeitseinkommen. Vieles deutet darauf hin, dass vor allem die Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung) außerordentlich kräftige

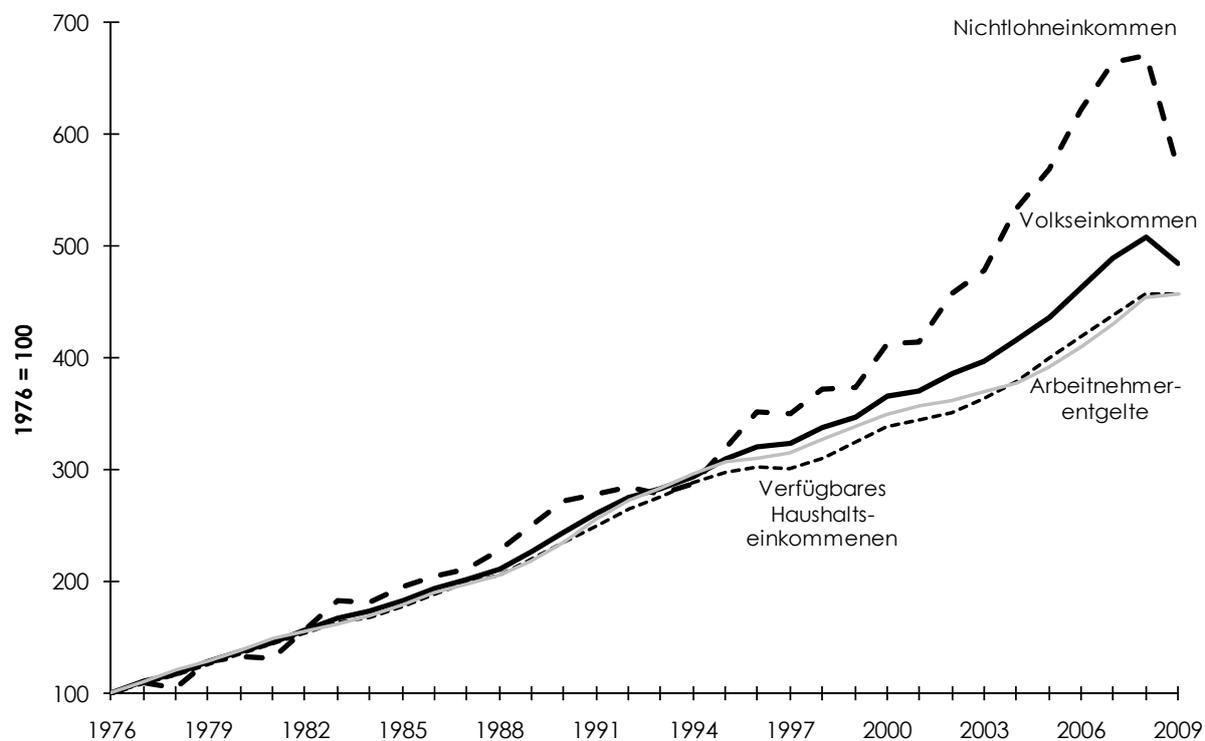
Zuwächse verzeichneten. Vor allem in den Jahren 2002 bis 2006, als die Gewinne konjunkturbedingt noch verhalten gewachsen sein dürften, scheinen die Erträge aus Vermögensbesitz kräftig ausgeweitet worden zu sein. Im Jahr 2009 gingen sie zurück, noch stärker dürften in der Rezession allerdings die Gewinneinkommen eingebrochen sein. Die gesamten Einkommen aus Gewinnen und Vermögen nahmen in diesem Jahr nominell um 15,2% ab. Demgegenüber stiegen die Arbeitseinkommen nominell noch leicht (+0,9%); zwar ist die Zahl der Beschäftigten merklich zurückgegangen, doch die - kollektivvertraglich für einen längeren Zeitraum ausgehandelten und deshalb wenig reagiblen - Pro-Kopf-Löhne stiegen (auch unter dem Eindruck des starken Anstiegs der Verbraucherpreise im Jahr 2008) noch um 2,3%.

Übersicht 1: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte

	1976 – 2000	2001 – 2003	2004 – 2007	2008	2009	2001 – 2009
	Jährliche Ø Veränderungsrate			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		Jährliche Ø Veränderungsrate
Volkseinkommen						
insgesamt	9,7	3,5	5,5	3,8	-4,4	3,4
je Einwohner	9,2	3,0	5,0	3,4	-4,7	2,9
Arbeitnehmerentgelte						
insgesamt	9,4	1,9	4,5	5,3	0,9	3,2
je unselbständig aktiv Beschäftigte	8,2	2,1	2,8	2,8	2,3	2,4
Unternehmens- und Vermögenserträge						
insgesamt	10,7	7,4	7,7	0,9	-15,2	4,0
je Einwohner	10,2	6,9	7,1	0,5	-15,4	3,5
Nettolöhne und -gehälter						
je unselbständig aktiv Beschäftigte nominell	6,9	1,9	3,0	2,5	3,8	2,6
je unselbständig aktiv Beschäftigte real	1,2	0,3	1,0	-0,7	3,3	0,7
Verbraucherpreisindex	5,6	1,6	2,0	3,2	0,5	1,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 1: Die langfristige Entwicklung der Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

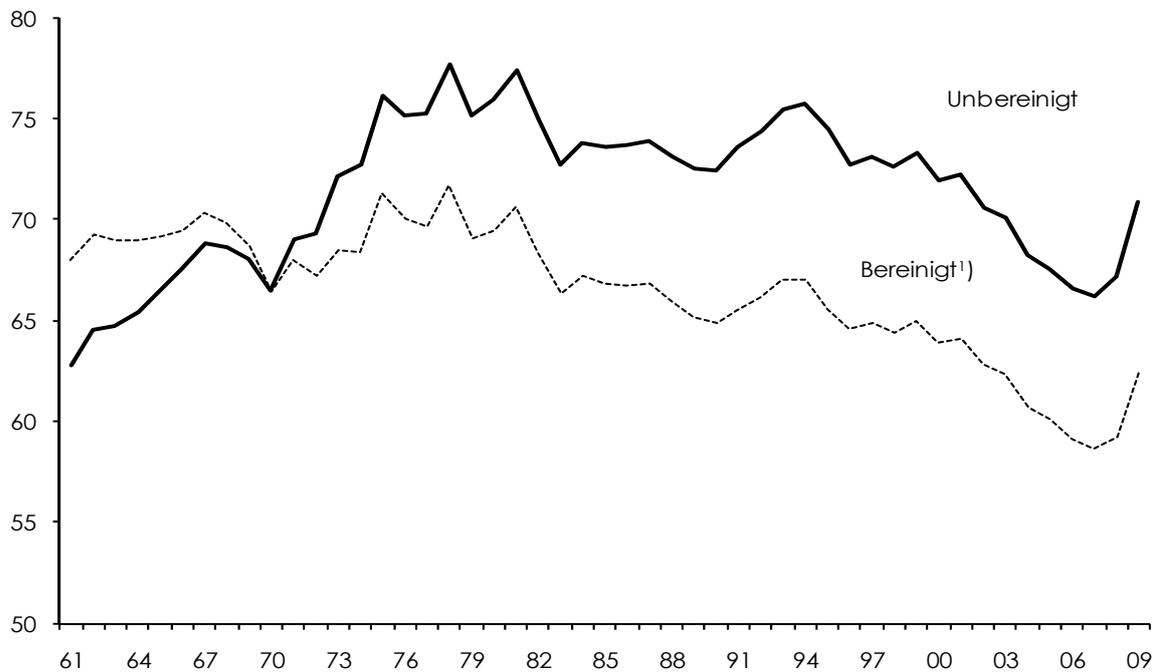
1.2 Starker Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen

Das dauerhafte Zurückbleiben des Anstiegs der Arbeitnehmerentgelte gegenüber jenem der Unternehmens- und Vermögenserträge zeigt sich im Rückgang der Lohnquote. Die Lohnquote misst den Anteil der Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit am Volkseinkommen. Sie ist von ihrem Höchststand von 77,7% im Jahr 1978 auf 71,9% im Jahr 2000 zurückgegangen (-5,8 Prozentpunkte), (Abbildung 2). Im Jahr 2006 betrug sie nur noch 66,6%; sie ging damit innerhalb von nur 6 Jahren noch einmal um fast 5 Prozentpunkte zurück.

Ähnlich verlief die Entwicklung der um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen bereinigten Lohnquote (*Chaloupek – Russinger – Zuckerstätter, 2008*). Sie verringerte sich von 71,7% (1978) auf 63,9% (2000); bis zum Jahr 2006 ging sie auf 59,2% zurück.

Der ausgeprägte Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen hat vor allem drei Determinanten: Zum ersten den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dieser verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, weil Arbeitslose kein Arbeitseinkommen mehr beziehen; zudem verringert sich die Macht der Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt verringert die Lohnquote um mehr als einen Prozentpunkt (*Marterbauer – Walterskirchen, 2003*). Die starke Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Strukturverschiebung von der gut zahlenden Sachgütererzeugung zum Dienstleistungssektor, der ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau aufweist, verstärken diesen Prozess. Zum zweiten die Globalisierung. Sie übt einen Druck auf die Lohneinkommen, vor allem der nicht ausreichend Qualifizierten aus. Zudem dämpft sie die Preise von Vorleistungen und erhöht – wenn diese Effekte nicht in die Konsumentenpreise weitergegeben werden – die Profite (*Rodrik, 1997, Stockhammer, 2009*). Zum dritten den Anstieg der Vermögenseinkommen. Die Einkommen aus Besitz von Finanz- und Immobilienvermögen sind in den letzten Jahrzehnten in den meisten Industrieländern stark gestiegen, besonders in Perioden der Hausse auf den Finanzmärkten und des Immobilienbooms.

Abbildung 2: Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

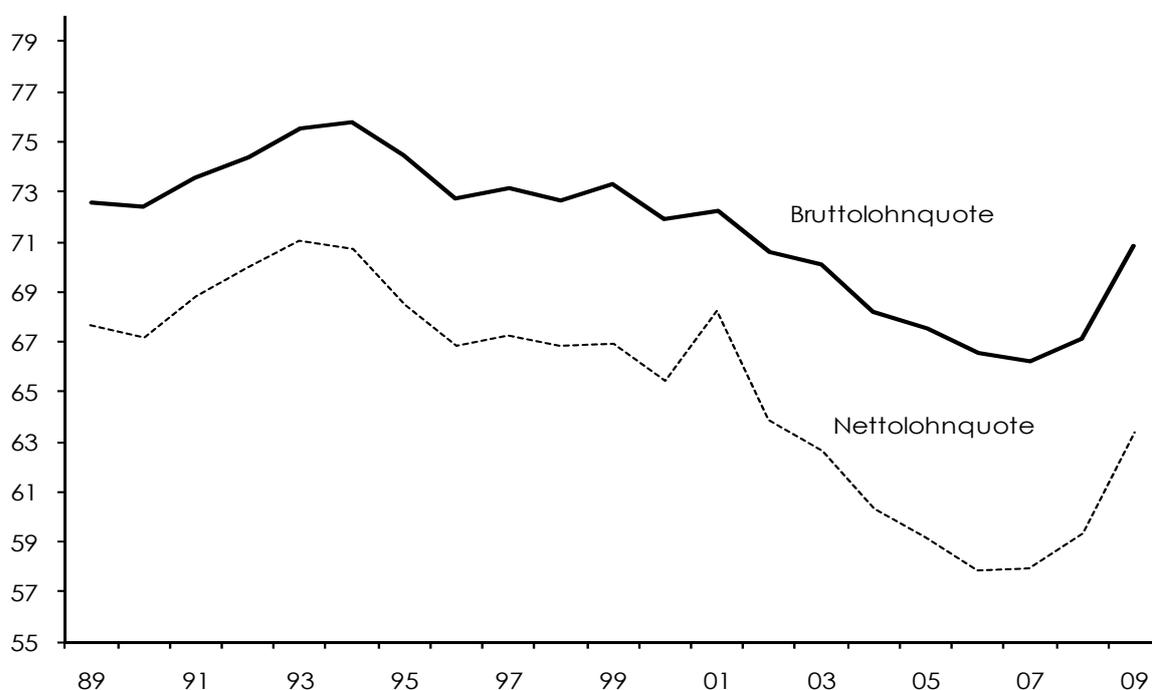
Auch vom Konjunkturzyklus gehen merkliche Wirkungen auf die Lohnquote aus (Guger – Marterbauer, 2007). In der Rezession brechen Produktivität und Gewinne rasch ein, hingegen reagieren die kontraktbestimmten Lohneinkommen mit erheblicher Verzögerung. Deshalb steigt die Lohnquote. Im Jahr 2009 war dies besonders stark ausgeprägt: Zum einen war der Einbruch der Produktion und damit der Gewinne besonders tief, zum anderen lagen die Lohnabschlüsse aufgrund der hohen Inflationsrate des Vorjahres relativ hoch. Die unbereinigte Lohnquote erhöhte sich kräftig um 3,7 Prozentpunkte auf 70,9%; die bereinigte Lohnquote um 3,2 Prozentpunkte auf 62,4%.¹⁾

Die Nettolohnquote ergibt sich aus der Relation der Nettolohn- und –gehaltsumme (nach Abzug der SV-Beiträge und der Lohnsteuer) zum Nettovolkseinkommen (nach Abzug aller

¹⁾ Der Anstieg der Lohnquote im Jahr 2009 ergibt sich aus dem Zusammenspiel eines leichten nominellen Anstiegs der Arbeitnehmerentgelte (+0,9%) und eines markanten Einbruchs des nominellen Volkseinkommens (-4,4%). Letzterer fällt in der ersten Rechnung von Statistik Austria deutlich stärker aus, als in der vorläufigen Rechnung des WIFO (-1,8%), vor allem wegen deutlich niedrigerer Deflatoren.

Sozialabgaben und direkten Steuern). Sind Brutto- und Nettolohnquote gleich hoch, so entspricht die Abgabenbelastung der unselbständigen Einkommen jener der Gewinn- und Vermögenseinkommen (Guger – Knittler, 2009). Die Nettolohnquote lag im Jahr 1988 – dem ersten Jahr für das sie nach den im Rahmen des ESVG 95 vorliegenden Daten berechnet werden kann – bei 66,9%. Die Differenz zur Bruttolohnquote von 6,2 Prozentpunkten zeigt, dass die Abgabenlast der Lohnneinkommen deutlich höher war als jene der anderen Einkommen. In den Jahren danach hat sich die Abgabenlast weiter zu Lasten der Lohnneinkommen verschoben. Im Jahr 2009 betrug die Nettolohnquote 63,4%, um 7,5 Prozentpunkte weniger als die Bruttolohnquote.

Abbildung 3: Brutto- und Nettolohnquote



Q: Statistik Austria, WIFO.

1.3 Ausblick

Der markante Anstieg der Lohnquote in der großen Rezession 2008/09 ist außergewöhnlich, er dürfte allerdings ein temporäres Phänomen bleiben. Vor allem die kräftige Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Zuge der Krise, aber auch der anhaltende Druck durch die fortschreitende

Globalisierung dürften in den nächsten Jahren einen weiteren Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen bewirken; damit setzt sich ein Trend fort, der schon drei Jahrzehnte anhält.

Die Umverteilung zu Lasten des Lohnanteils am Volkseinkommen hat unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Folgen. Einerseits führt sie zu einer Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte, weil die Konsumneigung aus Lohneinkommen höher ist als jene aus Gewinn- und Vermögenseinkommen; andererseits führt das mit dem Rückgang der Lohnquote verbunden Sinken der relativen Lohnstückkosten dazu, dass sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die Exportnachfrage auf Kosten der Handelspartner belebt (Ederer, 2008). Unterschiedliche Entwicklungen der Lohnstückkosten und der Lohnquote zwischen den Ländern bilden auch eine wesentliche Determinante für die hohen Leistungsbilanzungleichgewichte im Euro-Raum (vgl. Ederer, 2010).

2. Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen unselbständig Beschäftigter

Trotz der sinkenden Lohnquote bestimmen die Löhne und Gehälter nach wie vor die Einkommenssituation des überwiegenden Teils der österreichischen Bevölkerung. Für rund 70% aller Personen im Erwerbsalter stellt unselbständige Beschäftigung die Haupteinkommensquelle dar²⁾. In den letzten Jahrzehnten haben die Disparitäten dieser Einkommen aus unselbständiger Arbeit deutlich zugenommen. Die steigende Einkommensungleichheit in Österreich ist Teil eines allgemeinen internationalen und gut dokumentierten Trends (siehe z. B. Katz *et al.*, 1999; Dustmann *et al.*, 2009). Im vorliegenden Abschnitt wird zunächst die Einkommenssituation der einzelnen Beschäftigtengruppen in der Wirtschaft beleuchtet und anschließend auf die Einkommensverteilung und auf ihre zeitliche Entwicklung eingegangen.

Das Einkommensniveau, das von den Beschäftigten am Arbeitsmarkt erzielt werden kann, hängt in erster Linie von der Anzahl und Beschaffenheit der Arbeitsplätze und somit von der Arbeitsnachfrage und der Wirtschaftsstruktur ab. Obwohl die Wirtschaftsstruktur ihrerseits in einem geographischen, gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kontext eingebettet ist, kann eine Betrachtung nach Wirtschaftssektoren als Startpunkt der vorliegenden Darstellung dienen. Aus Sicht des individuellen Arbeitnehmers bzw. der individuellen Arbeitnehmerin spielen zudem das Qualifikationsniveau und die Arbeitserfahrung für die Einkommenshöhe eine entscheidende Rolle. Die Bedeutung dieser Faktoren kommt in einer Betrachtung der Einkommensunterschiede nach Alter und sozialrechtlicher Stellung deutlich zum Ausdruck. Anders als der Lohnsatz (d. h. die Entlohnung je Arbeitsstunde) hängt das Einkommen auch maßgeblich von der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit ab. Die Entscheidung, die eigene Arbeitskraft in einem bestimmten Ausmaß am Markt anzubieten, wird typischerweise im Haushaltszusammenhang und in Abhängigkeit vom Haushaltsvermögen, vom Einkommen des Partners und den familiären Verpflichtungen getroffen. Die Bedeutung der

²⁾ Siehe *Statistik Austria* (2009A), Tabelle 1.7b.

Haushaltsperspektive und der Arbeitsteilung im Haushalt zeigt sich vor allem bei der Darstellung der Einkommenssituation nach Geschlecht.

Für die Analyse der Einkommensverteilung der unselbständig Beschäftigten stehen zwei Datenquellen zur Verfügung, die jeweils mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen verbunden sind. Die Beitragsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger bietet den Vorteil der langfristigen Vergleichbarkeit, hat aber den großen Nachteil, dass die Ränder der Einkommensverteilung — Einkommen unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze (2008: 349°€) und oberhalb der Höchstbeitragsgrundlage (2008: 3.930°€) — nicht erfasst werden. Die Lohnsteuerstatistik erfasst die gesamte Einkommensspanne, inkludiert also auch die sehr niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen. Die im Jahr 1994 eingeführte Arbeitnehmerveranlagung führt aber zu einem Datenbruch, sodass die Daten davor und danach nicht direkt vergleichbar sind.

2.1 Einkommensunterschiede nach Wirtschaftszweig und sozialrechtlicher Stellung

Die Sachgüter erzeugenden Bereiche weisen typischerweise ein überdurchschnittliches Lohnniveau auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der starke Einsatz von Kapital und Technologie das Produktivitätswachstum fördert. Die Schaffung von großen Betriebseinheiten, die für den Güter produzierenden Bereich kennzeichnend ist, ermöglicht zudem die Erzielung von Skalenerträgen. Im Dienstleistungsbereich sind diese Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung in unterschiedlich starkem Maße gegeben, zudem stellt sich in vielen Fällen grundsätzlich die Frage der Messung von Produktivität. Während produktionsorientierte Dienstleistungen eine "Industrialisierung" der Dienstleistung infolge der Standardisierbarkeit der Tätigkeit und Mechanisierung erlauben, geht das bei personenbezogenen sozialen Dienstleistungen (z. B. im Pflegebereich) kaum³⁾. Die Marktmacht der Unternehmen und der in den einzelnen Branchen vorherrschende gewerkschaftliche Organisationsgrad sind ebenfalls für die sektorale Lohnentwicklung von großer Relevanz. Zudem spielt die Frage eine Rolle, ob und in welchem Ausmaß bestimmte Leistungen vom Staat oder von privaten Unternehmen angeboten werden. Für die ausgeprägten intersektoralen Lohnunterschiede sind allerdings nicht nur die Beschaffenheit der Arbeitsplätze und der Betriebe sowie die Marktstruktur verantwortlich. Angebot und Nachfrage bestimmter Qualifikationen am Arbeitsmarkt sind sehr ungleichmäßig verteilt: Dort wo Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften herrscht, steigen die Löhne. In Bereichen, in denen ausreichend Arbeitsangebot zur Verfügung steht bleibt die Lohnentwicklung dagegen zurück.

³⁾ Baumol hat schon 1967 darauf hingewiesen, indem er von einem "cost disease of labour intensive services which are resistant to rationalisation" spricht (Baumol, 1967).

Übersicht 2: Medianeinkommen nach Geschlecht und Sektoren in Österreich 1995 und 2007
In Euro bzw. durchschnittliche jährliche Veränderung 1995/2007 in %

	Insgesamt	Männer	Frauen
<i>Alle Wirtschaftsklassen</i>			
1995	1.647	1.905	1.311
2007	2.113	2.473	1.657
Ø 1995/2007	2,1	2,2	2,0
<i>Sachgüter</i>			
1995	1.773	1.993	1.325
2007	2.489	2.764	1.804
Ø 1995/2007	2,9	2,8	2,6
<i>Energie- und Wasserversorgung</i>			
1995	2.744	2.892	1.863
2007	3.487	3.795	2.335
Ø 1995/2007	2,0	2,3	1,9
<i>Bauwesen</i>			
1995	1.812	1.849	1.343
2007	2.340	2.394	1.686
Ø 1995/2007	2,2	2,2	1,9
<i>Dienstleistungen</i>			
1995	1.484	1.762	1.272
2007	1.912	2.250	1.596
Ø 1995/2007	2,1	2,1	1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – Medianeinkommen = monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Übersicht 2 zeigt anhand einer breiten Zusammenfassung nach Wirtschaftsbereichen, dass das mediane Einkommen im Dienstleistungsbereich deutlich geringer ausfällt als in den restlichen Branchen. Demnach erhielten Dienstleistungsbeschäftigte im Jahr 2007⁴⁾ etwa vier Fünftel des Entgelts der Arbeitskräfte im Bauwesen und drei Viertel des Entgelts der Arbeitskräfte in der Sachgütererzeugung. Dieser Unterschied ist seit Mitte der neunziger Jahre größer geworden, was daran zu erkennen ist, dass die durchschnittliche jährliche Einkommenssteigerung im Dienstleistungsbereich mit +2,1% vergleichsweise schwach ausfiel. Auch eine Einschränkung der Betrachtung auf die männlichen Beschäftigten (wo Teilzeitbeschäftigung nur eine untergeordnete Rolle spielt) bestätigt im Wesentlichen dieses Bild. Der Bereich der Energie- und Wasserversorgung nimmt mit einem Medianeinkommen, das um zwei Drittel den gesamtwirtschaftlichen Wert übersteigt, eine Spitzenposition ein. Neben der hoch qualifizierten Beschäftigungsstruktur, Kapitalintensität und Größe der Unternehmen stellt hierfür auch die eingeschränkte Wettbewerbsintensität in diesem Bereich

⁴⁾ Aufgrund einer Umstellung der ÖNACE Nomenklatur im Jahr 2008 und des daraus resultierenden Bruchs in der Datenreihe zwischen 2007 und 2008 beschränkt sich diese Darstellung auf die Periode 1995/2007.

einen Erklärungsfaktor dar. Ähnliches gilt auch für die hier nicht eigens ausgewiesene Branche der Mineralölverarbeitung, wo das Einkommensniveau mehr als doppelt so hoch wie in den restlichen Branchen ist. Eine verfeinerte Gliederung nach Branchen zeigt, dass innerhalb der einzelnen Sektoren auch weitere, teils erhebliche Unterschiede bestehen (siehe Übersicht 4). So zählen beispielsweise neben der Energiewirtschaft und der Mineralölverarbeitung auch der Bergbau, sowie die in der Exportwirtschaft erfolgreichen Industrien (Chemie- und Papierindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbauindustrie sowie die Metall- und Elektroindustrie) zu den Branchen mit den höchsten Löhnen. In der Erzeugung von Lederwaren, Textilien und Nahrungsmittel liegen die Einkommen dagegen deutlich unter dem Median. Im Dienstleistungsbereich kann man nur das Kredit- und Versicherungswesen zu den Hochlohnbranchen zählen. Der Tourismus, der Handel und die Erbringung von sozialen, gesundheitlichen und sonstigen persönlichen Dienstleistungen gehören dagegen zu den Niedriglohnbranchen. Grundsätzlich kann man festhalten, dass über alle Wirtschaftssektoren hinweg Branchen mit einem hohen Anteil an weiblicher Beschäftigung und mit einem geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad im Einkommensvergleich schlecht aussteigen. Zudem scheint der langfristige Trend, wonach sich die intersektoralen Lohnunterschiede im Zeitverlauf deutlich vergrößert haben, ungebrochen anzuhalten (Guger — Marterbauer, 2007; Pollan, 2001; 2009).

Übersicht 3: Durchschnittseinkommen nach Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung in Österreich 2003 und 2008

Beschäftigte (Voll- und Teilzeit) mit ganzjährigen Bezügen

	2003			2008		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Durchschnittlicher Monatsbruttobezug In €					
Arbeiter	2.191	1.194	1.845	2.428	1.320	2.061
Angestellte	3.724	1.988	2.794	4.312	2.255	3.176
Beamte	3.683	3.055	3.443	4.363	3.773	4.127
Lehrlinge	738	571	685	839	655	777
Gesamt	2.584	1.702	2.192	2.985	2.001	2.535

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen. – Durchschnittlicher Monatsbruttobezug inklusive Sonderzahlungen.

Aus der Übersicht 3 ist ersichtlich, wie sich die Einkommen auf unterschiedliche Beschäftigtengruppen verteilen. Unterschiede in der Entlohnung je geleisteter Arbeitsstunde (Lohnsatz) bleiben dabei unberücksichtigt. Laut Lohnsteuerstatistik verdienen die unselbständig Beschäftigten im Jahr 2008 inklusive Sonderzahlungen im Durchschnitt monatlich 2.535 €, dieser Wert lag um 15,7% höher als im Jahr 2003 (2.192 €). Angestellte verdienen mit 3.176 € monatlich brutto um rund 1.100 € mehr als Arbeiter und Arbeiterinnen

und um 950 € weniger als Beamte und Beamtinnen. Die hohen Beamteneinkommen gehen neben der hohen Qualifikationsstruktur auch auf die geringe Teilzeitquote und überdurchschnittliche Altersstruktur dieser Beschäftigtengruppe zurück.⁵⁾ Das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen erhöhte sich in der Periode 2003/2008 nominell um 12%, jenes der Lehrlinge um 13% und jenes der Angestellten um 14%. Bei den Beamten kam es nicht zuletzt infolge der sich verschiebenden Altersstruktur durch Aufnahmestopp und geringen Neuzugang zu einer Steigerung um 20%.⁶⁾

2.2 Einkommensunterschiede nach Alter und Geschlecht

Neben den Unterschieden im Einkommensniveau nach sozialrechtlicher Stellung sind auch jene nach Geschlecht innerhalb der einzelnen Beschäftigtengruppen von Interesse. In einer relativen Betrachtung ist der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied bei den Arbeitern und Arbeiterinnen sowie den Angestellten am stärksten ausgeprägt. Hier verdienen Frauen durchschnittlich nur etwas mehr als die Hälfte ihrer männlichen Kollegen. Unter den Beamten und Beamtinnen, wo der Anteil an hochqualifizierten Frauen hoch ist und Teilzeitbeschäftigung eine geringe Rolle spielt, beträgt der „gender gap“ weniger als 15%. Weibliche Lehrlinge verdienen trotz der Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Qualifikationsniveaus und der Arbeitszeit im Schnitt 22% weniger als ihre männlichen Kollegen. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, entwickeln sich die Einkommen im Lebenserwerbszyklus höchst unterschiedlich. Männer haben insgesamt im Erwerbsleben einen ansteigenden Einkommensverlauf. Dieses Muster ist in Angestelltenberufen allerdings deutlich stärker ausgeprägt als in Arbeiterberufen. Männliche Angestellte im Alter zwischen 55 und 59 Jahren verdienen 2008 mit knapp 4.200 € brutto mehr als doppelt so viel wie jene in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen. Bei den Arbeitern betrug die entsprechende Differenz nur 20% (2.400 € gegenüber 2.000 €). Die Steigerungsraten zwischen Altersgruppen sind mit Ausnahme der jüngsten Kohorten bei den Arbeitern sehr bescheiden. Obwohl sie mit einem höheren Einkommen als die Angestellten im Erwerbsleben einsteigen, fallen sie demnach schon ab der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen deutlich hinter den Angestellten zurück.

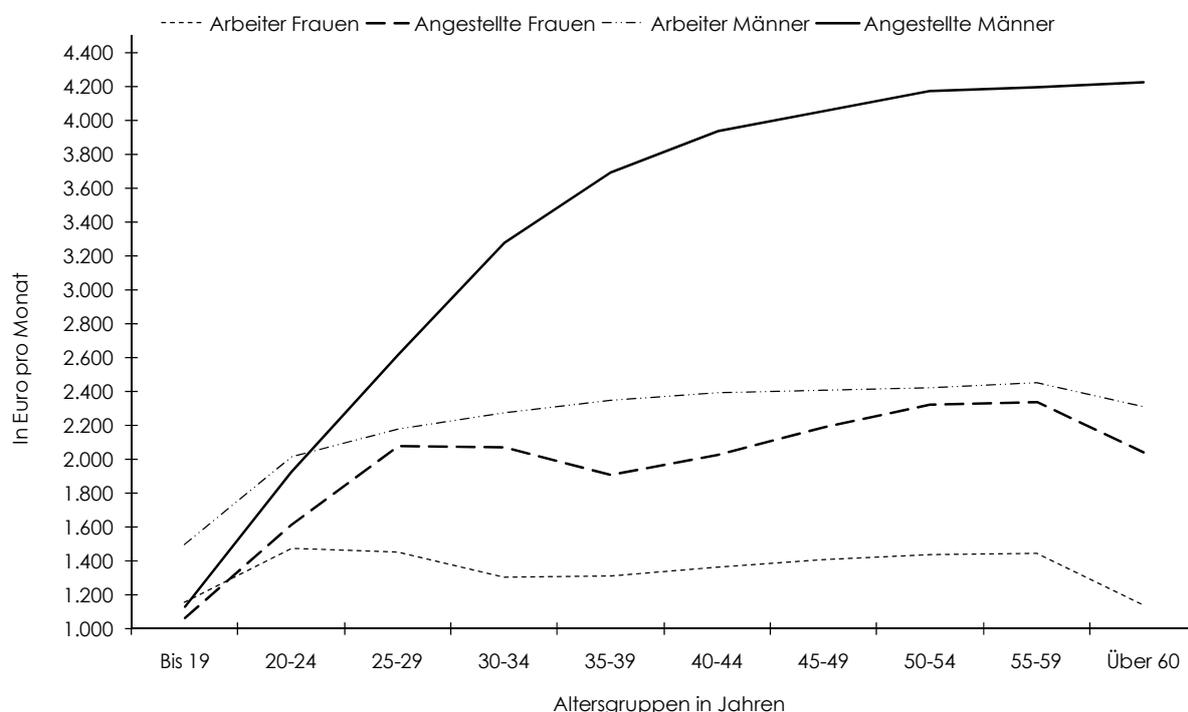
Auch bei den Frauen öffnet sich in derselben Kohorte eine Einkommensschere zwischen den beiden Beschäftigtengruppen. Anders als bei den Männern bleibt dieser Einkommensunterschied zwischen Arbeiter und Angestellte jedoch über alle weiteren Altersgruppen weitgehend konstant. Auch der Zusammenhang zwischen Einkommen und Alter ist bei Frauen anders geartet als bei Männern. Während das mediane Einkommen der weiblichen Beschäftigten in jungen Jahren steigt, kommt es zum Zeitpunkt wo familiäre Betreuungspflichten eine größere Rolle spielen und die Arbeitszeit reduziert wird, zu einem Absinken des Einkommens. Bei den Arbeiterinnen lagen 2008 die Einkommen der 25- bis 29-

⁵⁾ Siehe *Bundeskanzleramt* (2009). Die Altersstruktur ist von besonderer Bedeutung, da die Beamtenegehälter durch vorgegebene Biennalsprünge im Karriereverlauf deutlich steigen.

⁶⁾ Auf die Entwicklung der realen Einkommen wird in Abschnitt 3.1 eingegangen.

Jährigen leicht unter jenen der jüngeren Altersgruppen, bei den Angestellten war dies ab der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen der Fall. Erst in höheren Altersgruppen verbessert sich die Einkommenslage der Frauen wieder. Jedoch erreichen Frauen in Österreich auch in reiferem Alter im Median ein Einkommensniveau, das bestenfalls geringfügig über jenem der jüngsten Altersgruppen liegt. 2008 verdienten die 55- bis 59-jährigen Arbeiterinnen mit 1.449 € brutto fast genauso viel wie die 20- bis 24-Jährigen (1.477 €). Bei den weiblichen Angestellten lag das Medianeinkommen der 55- bis 59-Jährigen (2.337 €) um 12% höher als bei den 25- bis 29-Jährigen (2.081 €).

Abbildung 4: Medianeinkommen nach Alter, Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung Österreich, 2008



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch Sozialversicherung 2009, WIFO-Berechnungen. – Durchschnittlicher Monatsbruttobezug inklusive Sonderzahlungen.

Das Einkommensmuster nach Altersgruppen gibt indirekt Aufschluss über einige der Faktoren, die dem ausgeprägten und gut dokumentierten geschlechtsspezifischen Lohn- und Einkommensunterschied in Österreich zugrunde liegen. Die Einkommen der Frauen betragen im Durchschnitt 67% der Männereinkommen, oder anders formuliert, Frauen verdienen um ein Drittel weniger als Männer.⁷⁾ Eine wichtige Ursache für diese Lage besteht in der unterschiedlichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die sich durch eine geringere Wochenarbeitszeit von Frauen auch in deren Einkommen niederschlägt. Neben der Erwerbsquote der Frauen ist auch die Teilzeitquote von Frauen in den letzten zehn Jahren stark angestiegen und liegt mittlerweile im Jahr 2008 bei 42,1% (1995: 26,8%), jene der Männer bei 6,5%. Dagegen wird unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit von Kindern und sonstigen Pflegebedürftigen überwiegend von Frauen verrichtet. Die Bedeutung der familiären Situation schlägt sich nicht nur auf die Arbeitszeit, sondern auch auf die Entwicklung des Lohnsatzes im Karriereverlauf nieder. Die längeren erziehungsbedingten Berufsunterbrechungen von Frauen bieten häufig geringere Qualifikations- und Aufstiegschancen und bilden neben der kürzeren Arbeitszeit eine zusätzliche wichtige Ursache für den Einkommensrückstand der Frauen (Lutz, 2003). Frauen haben im Schnitt weniger Arbeitserfahrung, sie sind in geringerem Ausmaß als Männer in betriebsinterne Karrierepfade eingebunden und somit nicht in der Lage, im Laufe ihrer Karriere dieselben (Einkommens-)Positionen wie Männer zu erreichen. Wie Grünberger – Zulehner (2009) hervorheben, erklärt der Familienstand von Frauen auch bei Vollzeitbeschäftigten einen großen Teil des geschlechtsspezifischen Lohnunterschieds: Demnach werden verheiratete Männer höher entlohnt als unverheiratete Männer, während das für Frauen nicht zutrifft.

Eine weitere wichtige Ursache für die geringen Fraueneinkommen bildet die geschlechtsspezifische Segmentierung, die im Bildungsbereich beginnt und sich durch alle Bereiche der Arbeitswelt zieht. Hinsichtlich der Schulbildung gilt es zu bedenken, dass Frauen mittlerweile zwar im Durchschnitt ein höheres formales Bildungsniveau aufweisen als Männer, dass aber nach wie vor die Existenz von weiblichen und männlichen Rollenstereotypen in Schul- und Berufsausbildung unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten impliziert. 53% aller unselbständig beschäftigten Frauen, aber nur gut 30% der Männer arbeiten in Branchen, deren Einkommen unter dem Medianwert liegt.⁸⁾ Wäre die Gesamtbeschäftigung der Frauen so über die Wirtschaftsklassen verteilt wie jene der Männer, so wären die Einkommensunterschiede um fast ein Zehntel geringer⁹⁾. Wie aus Übersicht 4 hervorgeht, führt eine Bereinigung der Einkommen anhand der geleisteten Arbeitszeit zu einer Reduktion, in einigen

⁷⁾ Der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied wird hierbei unterschätzt, da in der Einkommensstatistik der Sozialversicherungsträger Einkommen unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze, die überwiegend von Frauen bezogen werden, sowie Einkommen oberhalb der Höchstbemessungsrundlage, die hingegen überwiegend von Männern bezogen werden, nicht erfasst sind.

⁸⁾ Zieht man anstatt der ÖNACE 2008 die ältere Brancheneinteilung nach ÖNACE 1995 heran, dann ergibt die Berechnung dass zwei Drittel aller Frauen, aber nur 40% der Männer arbeiten in Niedriglohnbranchen arbeiten.

⁹⁾ Annahme: alle Beschäftigten würden das Medianeinkommen aller Beschäftigten der Branche verdienen.

Branchen sogar zum Verschwinden des geschlechtsspezifischen Lohndifferentials. Dennoch bewirkt die ungleiche Verteilung über Branchen, dass das Medianeinkommen der Frauen in der Wirtschaft auch nach der Arbeitszeitstandardisierung um knapp 14% unter jenem der Männer liegt. Zieht man anstatt der Hauptverbandsdaten und des Medians andere Datenquellen und den Durchschnittswert heran, so fällt der „gender gap“ deutlich höher aus.¹⁰⁾ Auswertungen der Verdienststrukturerhebung aus dem Jahr 2006 zeigen, dass die Bruttostundenverdienste der vollzeitbeschäftigten Frauen im Durchschnitt 22% hinter den Stundenlöhnen der Männer zurückbleiben (Geisberger, 2007). Grünberger – Zulehner (2009) quantifizieren den durchschnittlichen geschlechtsspezifischen Stundenlohnunterschied bei Vollzeitbeschäftigten anhand von Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) ebenfalls mit 22%.

Der Stundenlohnunterschied zwischen Männern und Frauen kann anhand der bereits erwähnten beobachtbaren Merkmale wie Alter, Familienstand, Bildung, Berufserfahrung, Branche und Beruf nur zum Teil erklärt werden. Lohnuntersuchungen haben wiederholt aufgezeigt, dass in Österreich etwa die Hälfte des Lohnunterschieds auch nach Berücksichtigung dieser Merkmale unerklärt bleibt.¹¹⁾ Der residuale Lohnunterschied von etwa 12% kann der Diskriminierung oder systematischen Unterschieden zwischen nicht beobachtbaren Merkmalen (z. B. Unterschiede in der Risikoaversion und in Gehaltsverhandlungen) zugeschrieben werden (Grünberger – Zulehner, 2009).

¹⁰⁾ Das hängt damit zusammen, dass bei Männern infolge des vergleichsweise hohen Anteils an Gutverdienern das Durchschnittseinkommen stärker (nach oben) vom Medianeinkommen abweicht als bei Frauen.

¹¹⁾ Hinsichtlich der Bildung ist anzumerken, dass in den Untersuchungen aus datentechnischen Gründen üblicherweise das höchste Bildungsniveau, aber nicht der Bildungsbereich (z. B. Technik versus Geisteswissenschaft) untersucht werden kann.

Übersicht 4: Einkommen nach Wirtschaftsklassen und geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	Median- einkommen in Euro	Einkommen der Frauen In % des Einkommens der Männer	
		Beschäftigte insgesamt	unbereinigt
	2008	2008	2008
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.197	80,7	105,8
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	2.772	64,5	83,7
Verarbeitendes Gewerbe/ Herstellung von Waren	2.585	64,9	79,0
Energieversorgung	3.966	59,4	66,4
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung	2.177	67,8	86,5
Baugewerbe/ Bau	2.403	67,6	91,0
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1.860	62,5	83,0
Verkehr und Lagerei	2.154	78,6	100,7
Gastgewerbe/ Beherbergung und Gastronomie	1.463	83,6	99,5
Information und Kommunikation	3.136	66,3	85,3
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3.186	62,5	80,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.611	61,2	77,2
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2.334	63,9	80,7
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1.781	70,7	96,2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2.244	82,2	107,4
Erziehung und Unterricht	1.737	85,0	101,4
Gesundheits- und Sozialwesen	1.786	71,8	93,6
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1.883	74,0	103,1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.641	63,1	85,4
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	1.041	84,6	83,5
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.864	98,5	116,1
Insgesamt	2.154	66,7	86,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch, Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. – 1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit laut Mikrozensus.

Eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum verdeutlicht, dass sich im Laufe der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern von 35,1% (1980) auf 31,2% im Jahr 1995 verringerte (Übersicht 5). In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging die Einkommensschere wieder auf und stagniert seither im Großen und Ganzen. Wird auf Basis der Daten der Arbeitskräfteerhebung die Arbeitszeit berücksichtigt, so haben sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männer von 1980 bis 2003 - gemessen

am Median - um ca. 11 Prozentpunkte von rund 29% auf rund 18% verringert. 2004 wurde das Konzept der Arbeitszeiterfassung verändert. Nach diesem Bruch in der Datenreihe ergibt sich eine stärkere Angleichung auf zuletzt knapp 14%.¹²⁾ In den niedrigen Einkommensgruppen mit geringerer Qualifikation bzw. hohem Teilzeitanteil der Frauen kommt dem geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied größere Bedeutung zu als in den oberen Einkommensgruppen. Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind im untersten Einkommensviertel (39,5%) fast zehn Prozentpunkte größer als im dritten Quartil (31,1%). Der Hauptgrund liegt in der unterschiedlichen Arbeitszeit und den dadurch bedingten geringeren Karrierechancen, aber auch die Bedeutung der Qualifikation für die Einkommensverteilung findet darin ihren Niederschlag (Hadler, 2005).

Übersicht 5: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	1980	1990	1995	2000	2005 ²⁾	2008
Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer						
Obergrenze des 1. Quartils						
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,4	60,5
Arbeiter	57,7	60,6	58,2	54,0	53,6	54,1
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	56,8	56,5
Median						
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	66,7
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	80,6	81,2	86,2	86,1
Arbeiter	61,5	64,5	64,5	61,9	61,5	61,2
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	58,9	58,4
Obergrenze des 3. Quartils						
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,3	68,9
Arbeiter	62,3	65,3	65,9	64,7	65,1	64,6
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	61,0	61,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch, Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. - 1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit. - 2) Revidierte Daten der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit aus dem Mikrozensus, Bruch.

¹²⁾ Die Arbeitszeitbereinigung muss als eine Annäherung verstanden werden, da sie auf Auswertungen einer Umfrage basiert und anhand der Durchschnittsarbeitszeit durchgeführt wurde (während beim Einkommen der Median herangezogen wird).

2.3 Die Entwicklung der Einkommensverteilung

Die Entwicklung der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten ist nicht nur durch eine Umverteilung von den Lohneinkommen zu den Einkünften aus Besitz und Unternehmertätigkeit gekennzeichnet, sondern auch durch eine Zunahme der Einkommensdisparitäten innerhalb der Lohneinkommen. Der Anstieg der Einkommensungleichheit aus unselbständiger Arbeit wird in der ökonomischen Literatur vor allem auf zwei Ursachen zurückgeführt, nämlich dem intensivierten internationalen Wettbewerb im Zuge der Globalisierung und der steigenden Bedeutung von Qualifikation und Ausbildung im Zuge des technologischen Wandels. Gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Prozesse – wie die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, die Atypisierung der Arbeitsverhältnisse, die Abschwächung der politischen Beteiligung und des gewerkschaftlichen Organisationsgrades – haben diese Entwicklungen in einer gegenseitigen Wechselwirkung begleitet und verstärkt.

Die Internationalisierung der Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten ist von einer starken Zunahme an billigen Arbeitskräften auf dem globalen Arbeitsmarkt begleitet worden. Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass sich zwischen 1980 und 2005 das Angebot an Arbeitskräften am globalen Markt vervierfachte. Der überwiegende Teil dieses Zuwachses fand seit 1990 statt (*Internationaler Währungsfonds*, 2007). Die Verschiebung von arbeitsintensiven Produktionsprozessen in Drittländer führte in den industrialisierten Ländern des OECD-Raums zu einer Schrumpfung von Sachgüter produzierenden Branchen mit einem hohen Anteil an niedrig qualifizierten Arbeitskräften.¹³⁾ Nur jene Branchen und Betriebe konnten überleben, welche durch Rationalisierungsprozesse und den Einsatz von Technologie die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit kompensieren konnten. Die hohen Produktivitätszuwächse, die aus der erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels resultierten, ermöglichten in diesen Bereichen allerdings überdurchschnittliche Lohnsteigerungen. Bereiche, die in geringerem Ausmaß dem internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt waren und solche, die einen geringeren Spielraum für Produktivitätswachstum hatten sind hingegen in der Produktivitäts- und Lohnentwicklung zurückgeblieben.

Parallel zur Internationalisierung hat sich in den industrialisierten Ländern auch eine technologische Revolution vollzogen, die sich in erster Linie in Form eines intensiven Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Arbeitswelt niedergeschlagen hat. Obwohl der technische Fortschritt zumindest seit dem Zeitalter der Industrialisierung eine zentrale Wachstumsdeterminante ist, hat sich seine qualitative Einwirkung auf den Arbeitsmarkt im Zeitverlauf verändert. Während in der Vergangenheit mit technischen Neuerungen vielfach eine größere Nachfrage nach Geringqualifizierten einherging, zeichnete sich in den letzten Jahrzehnten ein gegenläufiger Trend ab: Mit der Einführung

¹³⁾ So ging beispielsweise die Produktion von Textilien und Bekleidung in den wirtschaftlich entwickelten Ländern drastisch zurück. Doch auch alle anderen nach außen hin exponierten Wirtschaftsbereiche wurden einem starken Anpassungsdruck unterworfen.

neuer Technologien und Organisationsprinzipien werden Geringqualifizierte ersetzt, während die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften steigt (Acemoglu, 2002). Der Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte erweist sich dagegen weitgehend komplementär zum Einsatz der übrigen Faktoren. Dieser "skill-bias" des technologischen Fortschritts hat zu einer Erhöhung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten und insbesondere zu einer Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsmarktposition von schlechter qualifizierten Personen geführt.

Die beiden soeben erwähnten Erklärungsansätze – Globalisierung und technologischer Wandel – stellen zwar die am meisten zitierten, aber nicht die einzigen Bestimmungsgründe für die steigende Einkommensungleichheit dar. Atkinson (2007) hebt hervor, dass die beiden üblichen Theorien nicht vollständig ausreichen um die Entwicklung der Einkommensverteilung zu erklären. Insbesondere gilt es zu verstehen, weshalb es auch innerhalb des hoch qualifizierten Beschäftigungssegments zu einer Verschiebung der relativen Einkommenspositionen gekommen ist: Studien belegen, dass sich in zahlreichen Ländern seit den achtziger Jahren auch im oberen Quartil die Einkommensverteilung stark zu Gunsten der obersten 10% bzw. 1% der Beschäftigten verschoben hat (Leigh, 2009; Bach et al., 2007). Mögliche Ursachen für diese Entwicklung liegen in Änderungen in der Organisationsstruktur und somit auch in der Entlohnungsstruktur der Unternehmen (weniger hierarchische Strukturen und mehr leistungsorientierte Lohnmodelle) sowie in einer Verstärkung von sogenannten „Superstar“-Effekten, wodurch diejenigen, die im jeweiligen Feld eine Spitzenposition einnehmen, hohe Renditen lukrieren können (Atkinson, 2007). Diese Effekte dürften im Bereich der Finanzdienstleistungen und damit in Ländern mit einem ausgebauten Finanzsektor besonders stark zum Tragen gekommen sein.

Übersicht 6: Entwicklung der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Lohneinkommen Unselbständig Beschäftigte ohne pragmatisierte Beamte

	Ø 1987	Ø 1990	Ø 1995	Gini-Koeffizient					
				Ø 2000	Ø 2000	Ø 2005	Ø 2006	Ø 2007	Ø 2008
				1)	2)	3)	4)	5)	6)
Insgesamt	0,296	0,302	0,306	0,317	0,311	0,323	0,319	0,317	0,320
Arbeiter	0,247	0,252	0,244	0,250	0,242	0,248	0,243	0,242	0,244
Angestellte	0,312	0,316	0,318	0,329	0,326	0,337	0,334	0,332	0,334

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – 1) Lohnstufenbreite vor der Euro-Umstellung. – 2) Änderung der Lohnstufenbreite im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung. – 3) Ausdehnung auf 60 Lohnstufen. – 4) Ausdehnung auf 62 Lohnstufen. – 5) Ausdehnung auf 64 Lohnstufen. – 6) Ausdehnung auf 65 Lohnstufen.

Nach einer Nivellierung in der Phase der Vollbeschäftigung der frühen siebziger Jahre wurde in den letzten drei Jahrzehnten die Verteilung der Lohneinkommen tendenziell ungleicher. Dieser Trend geht sowohl aus den Daten der Lohnsteuerstatistik als auch aus jenen des Hauptverbandes der Sozialversicherung hervor. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und – in noch größerem Ausmaß – die starke

Zunahme von Teilzeitbeschäftigung sich ebenfalls in den Daten niederschlägt. Auf Grundlage der Beitragsstatistik des Hauptverbandes zeigt sich seit Beginn der neunziger Jahre ein Anstieg der Ungleichheit¹⁴⁾. Der auf Basis der Hauptverbandsdaten berechnete Gini-Koeffizient¹⁵⁾ für alle unselbständig Beschäftigten mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten stieg in den neunziger Jahren um 5% (von 0,302 auf 0,317). Nach einem Bruch in der Datenreihe lässt sich für die Periode 2000/2008 (trotz einiger Schwankungen) ein weiterer Anstieg um etwa 3% (von 0,311 auf 0,320) herauslesen (Übersicht 6). Aus der Höhe der Entwicklung des Gini-Maßes geht hervor, dass die Löhne der Arbeiter deutlich weniger streuen als die Gehälter der Angestellten. Mit einem Wert von 0,334 lag der Gini-Koeffizient der Gehälter der Angestellten zuletzt im Jahr 2008 um über ein Drittel über dem der Arbeiterlöhne von 0,244. Die tatsächliche Streuung der Gehälter ist allerdings deutlich größer, da die Angestellten von der Höchstbeitragsgrundlage als Einkommensobergrenze viel stärker betroffen sind als die Arbeiter. Auch in der Entwicklung seit Beginn der neunziger Jahre blieb die Verteilung der Löhne merklich stabiler als die Verteilung der Gehälter.

*Übersicht 7: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen
Unselbständig Beschäftigte mit pragmatisierten Beamten*

	1976	1982	1987	1995	2000	2005	2006	2007	2008
Arbeitnehmer	0,349	0,364	0,350	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448
Männer mit ganzjährigen Bezügen				0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327
Arbeitnehmer Insgesamt									
1. Quintil	4,8	4,5	5,4	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1
2. Quintil	12,7	12,4	12,7	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4
3. Quintil	18,3	18,0	17,7	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0
4. Quintil	24,0	23,9	23,1	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4
5. Quintil	40,2	41,2	41,0	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen.

Die Lohnsteuerstatistik, die sowohl die hohen Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage als auch die niedrigen Einkommen besser erfasst als die Beitragsstatistik, aber erst seit 1994 vollständig vergleichbare Daten ausweist, zeigt seit Mitte der neunziger Jahre eine fast kontinuierliche Zunahme der Ungleichheit an (Übersicht 7). Diese schwächte sich nur in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts ab und verstärkte sich seit 2005 wieder. Der Gini-Koeffizient ist seit 1995 sowohl für alle Lohnsteuerbezieher — also Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen,

¹⁴⁾ Die Jahre 2005 bis 2008 sind allerdings nur bedingt vergleichbar, da die Zahl der Lohnstufen vergrößert wurde.

¹⁵⁾ Ein Gini-Koeffizient von Null entspricht einer vollständigen Gleichverteilung der Einkommen, je mehr er sich dem Wert 1 nähert umso ungleicher wird die Verteilung.

Pensionisten und Pensionistinnen — als auch für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen alleine im Großen und Ganzen kontinuierlich gestiegen. Diese Zunahme in der Ungleichheit der lohnsteuerpflichtigen Einkommen geht zum Teil auf strukturelle Änderungen und auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurück: So stieg der Gini-Koeffizient für alle Arbeitnehmer von 0,410 im Jahr 1995 auf 0,448 im Jahr 2008, also um 9,2%. Der Gini-Koeffizient für Männer mit ganzjähriger Beschäftigung, für die Teilzeitbeschäftigung eine geringe Rolle spielt, nahm im gleichen Zeitraum um 8,2% zu und betrug zuletzt 0,327. Eine verfeinerte Gliederung nach Quintilen zeigt, dass die größere Ungleichheit vor allem auf die Einkommenszugewinne im obersten Quintil und Verluste in den beiden untersten zurückzuführen ist.¹⁶⁾ Jene 40% mit den niedrigsten Einkommen haben seit Mitte der neunziger Jahre vor allem zugunsten des obersten Quintils Einkommensanteile verloren. Zuletzt entfielen 2008 auf die 20% mit den niedrigsten Einkommen (unter 242 € im Monat) 2,1% der Bruttobezüge und auf das nächste Quintil 9,4%. Mitte der neunziger Jahre lagen die entsprechenden Anteile noch bei 2,9% und 10,9%. Die 20% mit den höchsten Lohneinkommen (über 5.387 € monatlich) konnten über denselben Zeitraum ihren Anteil an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme von 44,4% auf 47,1% erhöhen. Eine weitere Auswertung der Einkommensanteile von Spitzenverdienern, also jenen 5% bzw. 1% Beschäftigten mit den höchsten Einkommen, bestätigt dass es auch in Österreich innerhalb des oberen Quintils zu einer weiteren Umverteilung gekommen ist. Demnach steigerten die obersten 5% (mit Bruttobezügen über 8.791 € im Monat) ihren Einkommensanteil in der Periode 1995/2008 von 17,7% auf 19,2%, die obersten 1% (über 15.541 €) von 5,9% auf 6,8% (siehe Übersicht 8).

3. Die Entwicklung der sekundären Verteilung

Die sich am Markt ergebende Verteilung der Brutto- oder Primäreinkommen wird auch durch die Aktivitäten der öffentlichen Hand sowohl über das Steuer- und Abgabensystem als auch über die Staatsausgaben beeinflusst. Obwohl in Österreich durch die große Bedeutung der regressiv wirkenden Sozialversicherungsbeiträge und indirekten Steuern vom Abgabensystem insgesamt kaum umverteilende Wirkungen ausgehen, wirkt die Lohn- und Einkommensteuer deutlich progressiv (*Guger - Marterbauer, 2009*).

3.1 Entwicklung und Verteilung der Nettoeinkommen (personelle Ebene)

In Folge der umverteilenden Wirkung der Besteuerung von Löhnen und Gehältern weisen die Nettobezüge der unselbständig Beschäftigten eine gleichmäßigere Verteilung als die Bruttobezüge auf (Übersicht 8). Auf die unteren Einkommensquintile entfallen netto höhere Anteile der gesamten Lohn- und Gehaltssumme als in der Bruttobetrachtung. Die

¹⁶⁾ Bei der Quintilsberechnung liegt eine Gleichverteilung vor, wenn jedes Quintil (Fünftel der Einkommensbezieher und Einkommensbezieherinnen) genau 20% verdient, liegt der Wert darunter (darüber), so verdient das entsprechende Quintil unterdurchschnittlich (überdurchschnittlich).

Einkommensquote des obersten Quintils ist dagegen netto um 3½ Prozentpunkte niedriger als brutto (2008). Auch bei der Betrachtung der Nettoeinkommen kommt die steigende Ungleichheit der Einkommensverteilung zum Ausdruck: Der Einkommensanteil der beiden unteren Quintile sank in der Periode 1995/2008 von 3,4% und 12,1% auf respektive 2,7% und 10,9%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Einkommensanteil der 20% Beschäftigten mit den höchsten Bezügen von 42,1% auf 43,6%. Die Spitzenverdiener unter den unselbständig Beschäftigten konnten von dieser Entwicklung besonders stark profitieren, was daran ersichtlich ist, dass der Anteil des obersten Perzentils (also der 1% mit dem höchsten Einkommen) zwischen 1995 und 2008 um 32,4% anstieg.

Übersicht 8: Verteilung der Brutto- und Nettobezüge Arbeitnehmer insgesamt
Unselbständig Beschäftigte mit pragmatisierten Beamten

	Verteilung der Bruttobezüge		Verteilung der Nettobezüge		Brutto- bezüge	Netto- bezüge	Brutto- bezüge	Netto- bezüge
	1995	2008	1995	2008	1995-2008		1995-2008	
	Anteile in %		Anteile in %		Nominell Veränderung in %		Real ¹⁾ Veränderung in %	
1. Quintil	2,9	2,1	3,4	2,7	-4,8	-1,6	-25,0	-22,4
2. Quintil	10,9	9,4	12,1	10,9	10,8	10,8	-12,6	-12,7
3. Quintil	17,7	17,0	18,2	18,4	24,3	24,2	-2,0	-2,1
4. Quintil	24,1	24,4	24,2	24,4	31,4	24,1	3,6	-2,1
5. Quintil	44,4	47,1	42,1	43,6	37,6	27,5	8,5	0,5
Oberste 5%	17,7	19,2	16,7	17,3	40,9	27,1	11,1	0,2
Oberste 1%	5,9	6,8	4,0	6,0	49,4	32,4	17,8	4,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	29,6	23,6	2,2	-2,6

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. – 1) Referenzjahr 2005, auf Basis von Vorjahrespreisen.

Eine Bereinigung der Einkommensentwicklung um die Inflation (hier anhand des VPI durchgeführt) lässt erkennen, dass die reale Einkommensentwicklung seit Mitte der neunziger Jahre sehr verhalten war. Über alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hinweg stiegen die realen Bruttoeinkommen im Zeitraum 1995/2008 um nur 2,2%, die Nettoeinkommen waren rückläufig (-2,6%). Das ist vor allem auf die negative Entwicklung im unteren Bereich der Verteilung zurückzuführen. Allerdings lassen diese Werte keine Rückschlüsse auf die Entwicklung des Lohnniveaus zu, da sie durch die Zunahme in der Zahl der Beschäftigten und durch die starke Verbreitung von Teilzeit mitbestimmt werden. Beschränkt man sich in der Analyse auf die Einkommen der männlichen Arbeitnehmer mit ganzjährigen Bezügen, dann kam es zwischen 1995 und 2008 zu einer Steigerung der realen Bruttoeinkommen um 7,8%, was einer jährlichen durchschnittlichen Steigerung von 0,6% entspricht. In einer

Nettobetrachtung erhöhten sich die Realeinkommen um 1,6% (dies entspricht einer jährlichen durchschnittlichen Steigerung von 0,1%). Eine weitere Einschränkung auf die männlichen Arbeitnehmer die sowohl ganzjährig als auch Vollzeit beschäftigt waren (die entsprechenden Daten liegen allerdings nur für die jüngste Vergangenheit vor) zeigt für die Periode 2003/2008 eine Steigerung der realen Bruttoeinkommen um 4,3% und der Nettoeinkommen um 3,1%.

3.2 Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen

Noch stärker als die individuellen Einkommen bestimmen die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung. Die Unterscheidung zwischen der Personen- und der Haushaltsebene spielt aus mehreren Gründen eine entscheidende Rolle für die Beurteilung der Einkommenssituation: Einerseits entscheiden Einzelpersonen in Abhängigkeit von zahlreichen haushaltsspezifischen Faktoren (Größe des Haushalts, Betreuungspflichten, Vermögen, Einkommen der restlichen Haushaltsmitglieder, sonstige Einkünfte, Bedürfnisse und Präferenzen) ob und in welchem Ausmaß sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Andererseits kommt auf der Haushaltsebene die Wirkung der staatlichen Umverteilungspolitik durch Steuern und öffentlichen Transferleistungen zum Tragen. Während vom Abgabensystem insgesamt in Österreich keine nennenswerten umverteilenden Wirkungen ausgehen, kommen die Staatsausgaben gemessen am Einkommen den unteren sozialen Schichten in deutlich höherem Maß zugute als den oberen Einkommensgruppen. (Guger - Marterbauer, 2009). Insbesondere die Sozialausgaben fließen zu mehr als der Hälfte in das untere Einkommensdrittel. Anspruch und Höhe von Sozialleistungen ergeben sich vielfach aus dem Familien- bzw. Haushaltszusammenhang. Die Umverteilungswirkung der öffentlichen Hand kann daher nur anhand der Haushaltseinkommen beurteilt werden.

Die Verteilung der Bruttoeinkommen wird durch die Aktivitäten des Staates in beträchtlichem Ausmaß korrigiert. Das trifft besonders dann zu, wenn man neben den Transfers auch die öffentlichen Dienstleistungen (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) heranzieht. Berechnungen mit Daten aus dem Jahr 2005 zeigen, dass der Gini-Koeffizient der Primäreinkommen der Nicht-Selbständigenhaushalte durch die Aktivitäten der öffentlichen Haushalte um 45% sank (Guger - Marterbauer, 2009). In der folgenden Darstellung werden allerdings neben den Markteinkommen nur die monetären öffentlichen Transfers, nicht aber die öffentlichen Dienstleistungen berücksichtigt.

Bis Ende der neunziger Jahre wurden in Österreich Haushaltseinkommen nur im Mikrozensus erfasst, seither zuerst im Europäischen Haushaltspanel (ECHP) und ab 2003 im Rahmen der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Um mehrere Bruchstellen zu vermeiden, werden an dieser Stelle nur Daten aus Mikrozensus und EU-SILC verwendet. Die Vergleichbarkeit über die Zeit stellt dennoch in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar. Zum einen sind die Ergebnisse aus Mikrozensus und EU-SILC nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Zum anderen wurden für beide Stichprobenerhebungen über die

Jahre Änderungen im Erhebungskonzept durchgeführt, was beispielsweise für die erheblichen Unterschiede in den EU-SILC Ergebnissen für 2003 gegenüber den Folgejahren eine Rolle spielt.¹⁷⁾

Die Übersicht 9 und Übersicht 10 zeigen die Entwicklung der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen anhand unterschiedlicher Verteilungsmaße, wobei der Schwerpunkt der Darstellung bei den unselbständig Beschäftigten liegt.¹⁸⁾ Auf Basis der Nettohaushaltseinkommen erhöhte sich in Österreich die Ungleichheit in den achtziger Jahren. Der Abstand zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils erhöhte sich laut Mikrozensus von 84% im Jahr 1983 auf 100% im Jahr 1991 (Übersicht 9). In den neunziger Jahren nahm die Einkommensungleichheit für die unselbständig Beschäftigten insgesamt nur noch geringfügig zu. In der Periode 2004/2008 lässt sich aufgrund der teils gegenläufigen Entwicklungen kein klarer Trend ablesen. Die jährlichen Schwankungen dürften zum Teil auf die vergleichsweise kleine Stichprobe zurückzuführen sein, die der EU-SILC Erhebung zugrunde liegt.

Die Haushaltsstruktur hat einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung. So können Änderungen in der Anzahl und Größe der Haushalte sowie in der Anzahl von Beschäftigten je Haushalt die zeitliche Entwicklung von Ungleichheitsmaßen stark beeinflussen. Bereinigt um die Haushaltsgröße und die Haushaltszusammensetzung (Anzahl von Erwachsenen und Kindern im Haushalt) zeigen die gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) eine merkliche Verringerung der Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre. Insgesamt über alle Haushalte der Unselbständigen verringerte sich der Interquartilsabstand laut Mikrozensus von 83% (1991) auf 72% (1999). Geht man vom EU-SILC Wert für 2004 (63%) aus, kam es im laufenden Jahrzehnt tendenziell zu einer Steigerung der Ungleichheit (2008: 70%).

Die Darstellung des Gini-Koeffizienten der Nettohaushaltseinkommen auf Basis der EU-SILC Daten zeigt für die Bevölkerung insgesamt leichte Unterschiede gegenüber den Haushalten der unselbständig Beschäftigten. (Übersicht 10). Für die Bevölkerung insgesamt sank der Gini-Koeffizient von 0,331 im Jahr 2004 auf 0,326 im Jahr 2006. In den letzten beiden verfügbaren Jahren kam es zu einem leichten Anstieg der Einkommensungleichheit, mit Gini-Koeffizienten von 0,331 (2007) und 0,330 (2008). Schränkt man die Analyse auf die Haushalte ohne Selbständige ein, dann sinkt das Ausmaß der Ungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten. Das Muster über die Zeit zeigt einen deutlicheren Aufwärtstrend, von 0,271 im Jahr 2004 auf 0,277 im Jahr 2008. Unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zeigen die Einkommen eine leichte Abnahme der Einkommensanteile der unteren Quintile. Während das oberste Quintil in den Jahren 2004 bis 2008 weitgehend konstant blieb, erhöhte sich der Einkommensanteil des vierten Quintils. Auch diese Ergebnisse müssen allerdings angesichts

¹⁷⁾ Die Auswertungsergebnisse aus EU-SILC für das Jahr 2003 werden demnach nicht für die nachfolgenden Darstellungen herangezogen.

¹⁸⁾ In der Mikrozensus-Erhebung wurden keine Selbständigeneinkünfte einbezogen.

der vergleichsweise geringfügigen Schwankungen und der Existenz eines Stichprobenfehlers mit Vorsicht interpretiert werden.

*Übersicht 9: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 bis 2008
Unselbständig Beschäftigte*

	1983	1991	1997	1999	2004	2005	2006	2007	2008
	Relative Interquartilsabstände ¹⁾ in %								
	Mikrozensus				EU-SILC				
Nettohaushaltseinkommen	84	100	104	103	102	91	98	101	101
Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)	82	83	73	72	63	66	67	70	70

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme und EU-SILC: 2003 bis 2008 (Einkommensangabe des Vorjahres); WIFO-Berechnungen. - 1) Interquartilsabstand: Differenz Obergrenze 3. Quartil/Obergrenze 1. Quartil.

Übersicht 10: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2004 bis 2008

	2004	2005	2006	2007	2008
Nettohaushaltseinkommen	Gini-Koeffizient				
Alle Personen	0,331	0,327	0,326	0,331	0,330
Ohne Selbständige	0,271	0,272	0,272	0,277	0,277
Netto-Äquivalenzeinkommen	Einkommensanteile in %				
Ohne Selbständige					
1. Quintil	10,6	10,4	10,3	10,3	10,5
2. Quintil	15,1	15,1	15,1	14,9	14,9
3. Quintil	18,4	18,5	18,4	18,1	18,3
4. Quintil	22,3	22,5	22,6	22,4	22,6
5. Quintil	33,7	33,6	33,5	34,3	33,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik Austria, EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

4. Entwicklung der Einkommen aus selbständiger Arbeit

Die Analyse der Verteilung der Selbständigeneinkommen sollte auf der Grundlage einer eindeutigen Definition der Selbständigen mit ihrem Einkommen stattfinden. Diesbezüglich sind unterschiedliche Quellen bzw. Grundlagen vorhanden: Es gibt sozial(versicherungs)rechtliche und steuerrechtliche Kriterien die eine Selbständigkeit definieren. Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Erfassungssystematik der Selbständigeneinkommen. Darüber hinaus liegen mit der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) Daten vor, wo die Befragten ihren sozialrechtlichen Status selbst definieren. Um diesen unterschiedlichen Definitionen der Selbständigen und ihrer Einkommen gerecht zu werden, ist die nachfolgende Analyse auf Grundlage der Einkommenssteuerstatistik und der Beitragsgrundlagenstatistik aufgebaut. Weiters wird anhand der EU-SILC Daten die Situation der Selbständigenhaushalte dargestellt.

Einkommen aus selbständiger Tätigkeit umfassen sehr unterschiedliche Einkommensarten, diese reichen von Einkommen aus atypischer Beschäftigung über selbständige Tätigkeit im engeren Sinn, Gewerbebetrieb, Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft bis hin zu Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Einkünften aus Veräußerungsgeschäften etc. Der Rechnungshof bezeichnet die Einkommen der Selbständigen im Vergleich mit den Unselbständigen als schlecht erfasst, da die steuerpflichtigen Einkommen häufig nicht den tatsächlichen Einkommen entsprechen (*Rechnungshof, 2009, S.18*). Auch die Mindestbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung kann vom tatsächlich erzielten Einkommen abweichen. Selbständige ermitteln darüber hinaus die steuerlichen Bemessungsgrundlagen selbst. Die Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen werden von der Steuerbemessungsgrundlage berechnet, während sie bei den Unselbständigen vom Bruttoeinkommen und damit vor dem Abzug der Werbungskosten berechnet werden.

Definition der Selbständigen

Gemäß WIFO gab es 2007 294.000 Personen die ausschließlich selbständig tätig waren und 116.000 in der Land- und Forstwirtschaft tätige Selbständige: Laut Datenbank des Arbeitsmarktservices AMSDB waren es 282.000 ausschließlich selbständig Erwerbstätige und 116.000 in der Landwirtschaft. In der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft wurden 2007 insgesamt 328.750 pensionsversicherte Pflichtversicherungsverhältnisse registriert, in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern waren es 165.706 Pflichtversicherte. Die Differenzen beider Statistiken beruhen unter anderem darauf, dass die Sozialversicherungsanstalten Versicherungsverhältnisse und nicht Personen erfassen. Die Einkommenssteuerstatistik erfasste 2007 rund 17.000 einkommenssteuerpflichtige Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft, in der Beitragsgrundlagenstatistik waren es fast 10 Mal so viele Versicherungsverhältnisse. Laut Lebensministerium wurden wiederum 2007 insgesamt 187.034 Betriebe bewirtschaftet (*Lebensministerium, 2009*), wovon 93,5% als

Einzelunternehmen (Familienbetrieb) und davon wiederum nur zwei Fünftel – das sind knapp 70.000 Betriebe - im Haupterwerb geführt wurden. Auch die Anzahl der 322.000 Selbständigen im engeren Sinn und die Gewerbetreibenden sind in der Einkommenssteuerstatistik geringer als in der Beitragsgrundlagenstatistik. Die Steuerfälle in der Einkommenssteuerstatistik geben nur einen steuerrechtlich definierten Ausschnitt der Selbständigen wieder.

Abhängig von der verwendeten Statistik variiert somit die Größe der Selbständigenzahlen. Die Anzahl der Selbständigen ist am höchsten, wenn sozialversicherungsrechtliche Daten herangezogen werden. Aussagen über die Entwicklung der Einkommen bzw. der Einkommensverteilung auf Basis der Sozialversicherungsdaten beziehen sich allerdings auf Versicherungsverhältnisse und nicht auf Personen.

Kleiner ist die Zahl der selbständig Erwerbstätigen auf der Grundlage der Einkommenssteuerstatistik. Hier sind auch Selbständige mit Verlusten bzw. mit Einkommen unter der Steuergrenze dokumentiert. Selbständige mit Beiträgen in der Sozialversicherung können Verlustfälle¹⁹⁾ in der Einkommenssteuerstatistik sein. Selbständige die in der Sozialversicherung pflichtversichert sind, können Null- oder Verlustfälle in der Einkommenssteuerstatistik sein.

Einschränkungen beim Einkommensvergleich zwischen Selbständigen und Unselbständigen

Die Definition der Selbständigeneinkommen erfolgt entweder nach sozialversicherungsrechtlichen, steuerrechtlichen oder betriebswirtschaftlichen Kriterien. Diese Konzepte fallen bei den Selbständigen weiter auseinander als bei den unselbständig Erwerbstätigen. Folgende strukturelle Unterschiede schränken die Vergleichbarkeit der selbständigen und unselbständigen Einkünfte ein:

- Selbständige haben einen *anderen Einkommensbegriff* (Erträge minus Aufwendungen) bzw. unterschiedliche Einkommensquellen als Unselbständige. Steuerrechtlich kennen Selbständige ihr Einkommen erst im Nachhinein. Erträge und Aufwendungen eines Betriebes können von einem Jahr zum anderen aufgrund der betriebswirtschaftlichen Lage (Verlustvorträge, Investitionen etc.) stärker schwanken als Lohneinkommen.
- Der *Einkommensbegriff Selbständiger unterscheidet sich* nicht nur von den unselbständig Erwerbstätigen sondern auch innerhalb der Gruppe der Selbständigen: Eine Gegenüberstellung von Selbständigenerträgen minus deren Aufwände der Gewerbetreibenden folgt einem anderen Konzept als in der Landwirtschaft für Betriebe, die nicht einkommenssteuerpflichtig sind. Für letztgenannte wurden Konzepte entwickelt, die die Betriebsgrößen- und Betriebsformenunterschiede in der Landwirtschaft adäquat abbilden, die Vergleichbarkeit ihrer Aufwendungen und

¹⁹⁾ Verlustfälle bleiben in der nachfolgenden Verteilungsanalyse aus technischen Gründen unberücksichtigt.

Erträge (Bewertung der Eigenleistung, der Arbeitskraft mithelfender Familienangehöriger etc.) mit den anderen Selbständigen aber einschränken.

- Selbständige können steuerrechtlich *negative Einkommen* (Verluste) haben. Verlustfälle kennt die Lohnsteuerstatistik (mit Ausnahme der Negativsteuer, die ein Transfer an Niedriglohnbezieher und Niedriglohnbezieherinnen darstellt) nicht und bildet ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der Einkommenssituation von Selbständigen und Unselbständigen. Im Jahr 2007 hatten knapp 20% der Einkommenssteuerfälle Verluste, diese Verlustfälle können in der Einkommensverteilung nicht berücksichtigt werden. Es bräuchte aber eine nähere Analyse dieser Selbständigen auf individueller als auch auf Haushaltsebene um zu sehen, welche Einkommen sie zur Bedienung ihrer Konsumbedürfnisse heranziehen können.
- *Berechnung der Beitragsgrundlage*: Die Beitragsgrundlagen in der Sozialversicherung der Gewerbetreibenden (GSVG) und in der Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG) errechnen sich aus der Beitragsgrundlage gemäß dem jeweiligen Einkommenssteuerbescheid (zuzüglich der Vorschriften für die Kranken-, Pensions- und freiwillige Arbeitslosenversicherung). Steuerbescheide ergehen im Nachhinein. Somit gibt es eine vorläufige und endgültige Beitragsgrundlage in der Sozialversicherung. Die vorläufig gebildete Beitragsgrundlage beruht auf den Einkünften des drittvorangegangenen Jahres. Der Lohnzettel definiert das Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen.
- Die Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen berechnen sich von der Steuerbemessungsgrundlage während sie bei den unselbständig Beschäftigten von den Bruttoeinkommen – also vor Abzug der Werbungskosten – ermittelt werden.
- *Höhe der Beitragsgrundlagen*: Die Mindestbeitragsgrundlage selbständig und unselbständig Erwerbstätiger unterscheidet sich in ihrer Höhe: Bei ersteren beträgt sie 537,78 € monatlich für hauptberuflich Selbständige bzw. für die ersten drei Jahre nach Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, im ASVG beträgt die Geringfügigkeitsgrenze²⁰⁾ 366,33 € (2010) im Falle von Mehrfachversicherungen sinkt die Mindestbeitragsgrundlage für Gewerbetreibende auf die Geringfügigkeitsgrenze im ASVG.
- *Brutto-Nettoeinkommen*: Die Sozialversicherungsbeitragssätze unterscheiden sich zwischen Selbständigen und Unselbständigen (Arbeitslosenversicherungs- und Pensionsversicherungsbeitragssatz), sodass selbst bei gleich hohem Bruttoeinkommen die Nettoeinkommen beider Gruppen voneinander abweichen.

²⁰⁾ Von der Mindestbeitragsgrundlage sind SV-Beiträge zu entrichten auch wenn die tatsächlichen Einkünfte geringer sind; von Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze sind keine Beiträge zu entrichten.

- *Land- und Forstwirtschaftliche Einkommen:* Die Erfassung der Einkommen unterscheidet sich hier von den anderen Selbständigeneinkommen aber auch innerhalb des Sektors. Großbetriebe (Betriebe mit hohen Umsätzen) sind zur doppelten Buchführung bzw. zur Einnahmen-Ausgaben-Rechnung verpflichtet, ihre Einkommen sind nach finanzbuchhalterischen Kriterien erfasst und zum Großteil in der Einkommenssteuerstatistik enthalten. Die Einkommen der Kleinbetriebe sind nur in der Beitragsgrundlagenstatistik zur Sozialversicherung enthalten. Da es sich hier zu einem großen Teil um Nebenerwerbsbetriebe handelt, ist die Vergleichbarkeit dieser relativ niedrigen Einkommen mit den anderen Einkommensdaten gering. Auch die dokumentierten landwirtschaftlichen Einkommen im Grünen Bericht sind für den Landwirtschaftssektor insgesamt repräsentativ, können aufgrund ihrer Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kriterien (wirtschaftliche Situation land- und forstwirtschaftlicher Betriebe) nur eingeschränkt mit den Daten aus Steuer- oder Sozialversicherungsdaten verglichen werden.

4.1 Entwicklung und Verteilung der Selbständigeneinkommen laut Einkommenssteuerstatistik

Aus steuerrechtlicher Sicht gibt die Einkommenssteuerstatistik²¹⁾ einen ersten Einblick in die Verteilung der Selbständigeneinkommen. Als Einkommen werden hier die Einkünfte aus allen sieben im Einkommenssteuergesetz aufgelisteten Einkünfte²²⁾ erfasst. Der Gesamtbetrag der erfassten Einkünfte ergibt sich aus der Summe (positiv und/oder negativ) der einzelnen Einkünfte, verringert um verrechenbare Verluste der Vorjahre und vermehrt um nicht ausgleichsfähige Verluste. Es handelt sich um Brutto-Jahreseinkünfte. Das Einkommen der Selbständigen unterscheidet sich maßgeblich von jenen der Unselbständigen. In der Einkommenssteuer ist das Einkommen die Differenz aus Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben²³⁾ und es gibt die Möglichkeit des Gewinn- bzw. Verlustvortrags.

Das letzte zur Verfügung stehende Jahr in der Einkommenssteuer ist das Jahr 2007. Von den 841.187 Einkommenssteuerpflichtigen waren 69% Steuerfälle und 31% so genannte Nullfälle²⁴⁾ und von den Nullfällen hatte ein knappes Fünftel negative Einkommen, das entspricht 5% aller Einkommenssteuerpflichtigen. Zwischen 2000 und 2007 stiegen die Nullfälle stärker an als die Steuerfälle. Letztere nahmen um 12% zu, die Nullfälle stiegen im selben Zeitraum um ein knappes Drittel.

²¹⁾ Die Analyse der Verteilung selbständiger Einkommen erfolgt auf der Grundlage der veröffentlichten Daten von Statistik Austria diverser Jahre.

²²⁾ Einkünfte aus: Land- und Forstwirtschaft; selbständiger Arbeit; Gewerbebetrieb; nichtselbständige Arbeit; Kapitalvermögen (Gewinnanteile, Zinsen etc. soweit sie nicht durch die Entrichtung der Kapitalertragsteuer endbesteuert sind); Vermietung und Verpachtung; sonstige Einkünfte, (Statistik Austria, 2009B).

²³⁾ tatsächliche und fiktive Betriebsausgaben (Forschungsfreibetrag etc.)

²⁴⁾ Trotz Einkommenssteuerpflicht liegt bei den Nullfällen das erzielte Einkommen unter der Besteuerungsgrenze bzw. es sind Verluste vorhanden; 2007 betrug die Einkommenssteuer (vor Absetzbeträgen) bis 10.000 € 0%.

In der Einkommenssteuererklärung werden pro Person bis zu sieben verschiedene Einkommensarten erfasst. Im Durchschnitt hat jede und jeder Steuerpflichtige gemäß Einkommenssteuerstatistik 1,8 Einkunftsarten, die 580.050 Steuerpflichtigen hatten 1,028 Mio. Fälle mit Einkünften im Gesamtausmaß von 24,5 Mrd. €. Der überwiegende Teil der Einkommenssteuerpflichtigen im Jahr 2007 (knapp über 62%) sind unselbständig Beschäftigte oder Pensionistinnen und Pensionisten mit einem einkommenssteuerpflichtigen Zusatzeinkommen. Diese Gruppe ist für die vorliegende Fragestellung der Einkommensverteilung selbständig Erwerbstätiger nicht relevant. Die Analyse der Einkommensentwicklung und -verteilung beruht auf den Steuerfällen mit schwerpunktmäßigen Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft (5.605 Fälle), Selbständige Arbeit im engeren Sinne²⁵⁾ (69.706 Fälle) und Gewerbebetrieb (111.701 Fälle). Hier sind Fälle mit ausschließlichen und überwiegenden Einkommen aus den genannten Einkunftsarten enthalten, aber auch jene Fälle die neben der schwerpunktmäßigen Selbständigentätigkeit Einkünfte aus unselbständiger Arbeit hatten. Im Jahr 2007 betragen die genannten drei Selbständigeneinkünfte 9,7 Mrd. €, diese Höhe entspricht knapp 9% der Lohn- und Gehaltssumme unselbständig Beschäftigter.

Einkommenshöhen

Werden alle sieben Einkunftsarten der Einkommenssteuerstatistik 2007 herangezogen, betrug das durchschnittliche zu versteuernde Bruttoeinkommen 42.200 € im Jahr, Männer hatten im Durchschnitt 48.000 € und Frauen 31.000 € (Übersicht 11). Der durchschnittliche Bruttobezug der Unselbständigen gemäß Lohnsteuerstatistik betrug insgesamt 18.999 € und bei Ganzjahresbeschäftigten 23.100 € im Jahr. Die Selbständigeneinkommen aus der Land- und Forstwirtschaft, die nur 4,8% aller hier tätigen Selbständigen gemäß Arbeitsmarktservedatenbank (AMSDB) widerspiegeln, sind im Vergleich mit den anderen Selbständigeneinkommen mit durchschnittlich brutto 37.135 € im Jahr 2007 niedrig²⁶⁾. Die ausschließlichen oder schwerpunktmäßigen Einkünfte aus Gewerbebetrieb lagen bei 44.000 €. Selbständige Arbeit brachte durchschnittlich 52.000 € Bruttojahreseinkommen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind beim letztgenannten Einkommen am höchsten, hier erreichen Frauen rund 62% der Männereinkommen. Die Einkünfte von selbständig tätigen Frauen erreichen 2007 knapp zwei Drittel der Männer, bei den Gewerbetreibenden ist der Einkommensrückstand der Frauen im Durchschnitt bei 20%.

²⁵⁾ Selbständige im engen Sinn sind Freiberufler und Freiberuflerinnen, wie Arzt/Ärztin, Rechtsanwalt/Rechtsanwältin, Künstler/Künstlerin, Schriftsteller/Schriftstellerin, Wissenschaftler/Wissenschaftlerin, Vermögensverwalter/Vermögensverwalterin, etc.

²⁶⁾ Das Faktoreinkommen aus der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (Satellitenkonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Entlohnung der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit, Kapital) lag 2007 bei 2,774 Mrd. € (*Statistik Austria, 2009C*). Bei 115.700 Selbständigen lt. WIFO liegt das Pro-Kopf-Faktoreinkommen mit knapp unter 24.000 € um ein Drittel niedriger als das Durchschnittseinkommen der Einkommenssteuerpflichtigen Landwirte und Landwirtinnen.

Übersicht 11: Höhe der durchschnittlichen Selbständigen-Bruttojahreseinkommen nach schwerpunktmäßigen Einkünften

	2000			2007		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	<i>Bruttoeinkommen pro Jahr in €</i>					
Alle Selbständigen im engeren Sinn	55.528	37.258	50.559	56.161	40.268	51.906
Land- und Forstwirtschaft	24.636	18.723	22.292	42.591	28.030	37.135
Selbständige Arbeit	79.738	43.988	70.732	73.287	45.648	65.759
Gewerbebetrieb	44.051	35.388	41.657	46.232	37.631	44.001
alle EK-Steuerpflichtigen	42.897	27.435	37.806	48.084	30.961	42.242

Q: Statistik Austria.

Einkommensverteilung

In der Verteilungsanalyse sind nur die Steuerfälle mit schwerpunktmäßig selbständigen Einkünften enthalten. Die zwischen 2000 und 2007 gestiegene Anzahl der Nullfälle sowie generell die Verlustfälle bleiben unberücksichtigt. Damit kann die Verteilungssituation einer einkommenssteuerrechtlich definierten Gruppe von Selbständigen dargestellt werden. In einem zusätzlichen Analyseschritt und mit anderen Methoden bzw. Einkommensdaten müsste die Einkommenssituation dieser Null- bzw. Negativfälle analysiert werden, um ein abgerundetes Bild der Einkommensverteilung in Österreich zu erhalten.

Die Pro-Kopf-Einkommen sind in der Land- und Forstwirtschaft am niedrigsten. Die untersten drei Quintile verloren bei den analysierten Selbständigen zwischen 2000 und 2007 Einkommensanteile zugunsten der obersten zwei Quintile. Der Gini-Koeffizient 2007 auf Basis der Einkommenssteuerstatistik beträgt für Einkünfte aus Land und Forstwirtschaft 0,512, für Einkünfte aus selbständiger Arbeit 0,552 und für Einkünfte aus Gewerbebetrieb 0,505. Aus der Höhe des Gini-Maßes geht hervor, dass die Selbständigeneinkünfte stärker streuen als die Unselbständigeneinkommen gemäß Lohnsteuerstatistik. Der Gini-Koeffizient lag bei allen schwerpunktmäßigen Selbständigeneinkommen um rund 17% über dem Wert der unselbständig Beschäftigten.

Die Ungleichverteilung hat sich bei den schwerpunktmäßigen Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft zwischen 2000 und 2007 vergrößert, bei den Selbständigen und Gewerbetreibenden im selben Zeitraum um 4,5% bzw. 7,4% verkleinert.

Übersicht 12: Einkommensverteilung der Bruttojahreseinkommen Selbständiger aus schwerpunktmäßig selbständiger Tätigkeit 2000 bis 2007

	Verteilung der Einkommen								
	Land- und Forstwirtschaft			Selbständige Arbeit			Gewerbebetrieb		
	2000	2005	2007	2000	2005	2007	2000	2005	2007
1. Quintil	8,5	6,4	7,4	4,4	4,2	4,4	6,2	3,8	3,8
2. Quintil	12,5	10,4	11,6	4,6	5,7	6,3	6,4	7,0	7,0
3. Quintil	8,7	10,8	8,7	7,4	9,0	9,9	11,2	12,1	12,1
4. Quintil	20,9	22,0	21,0	28,3	15,9	16,7	14,2	24,5	24,6
5. Quintil	49,4	50,5	51,3	55,3	65,3	62,7	62,0	52,7	52,5
Gini	0,487	0,442	0,512	0,578	0,559	0,552	0,546	0,506	0,505

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

4.2 Entwicklung der Selbständigen Einkommen laut Beitragsgrundlagenstatistik

Die Anzahl der laut gewerblichen Sozialversicherungsgesetz (GSVG) und Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG) Pensionsversicherten²⁷⁾ betrug 2008 knapp 330.000 und 20.000 Personen, davon jeweils ein Drittel Frauen. Gegenüber 2004 stieg die Anzahl der Versicherungsverhältnisse im GSVG um 13% und im FSVG um 10% an, der Anstieg bei den Frauen gegenüber Männern betrug das Doppelte. Ein Fünftel der GSVG-versicherten Männer bzw. rund 14% der Frauen waren Mehrfachversicherungsfälle. Knapp 11% der Männer und 4% der Frauen überschritten 2008 im GSVG die Höchstbeitragsgrundlage, im FSVG waren es zwei Fünftel der Männer und ein Drittel der Frauen. Dieser Anteil war sowohl bei Frauen als auch bei Männern zwischen 2004 bis 2008 rückläufig (SVA, 2009). In den ersten drei Jahren nach Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit sind Sozialversicherungsbeiträge gemäß der Mindestbeitragsgrundlage zu entrichten. Ein Viertel der Versicherungsverhältnisse im GSVG entrichtet Beiträge gemäß der Mindestbeitragsgrundlage für Neugründungen, bei Frauen ist es sogar ein Drittel. Insgesamt hat ein Drittel der Versicherungsfälle 2008 eine monatliche Beitragsgrundlage von unter 955 €, bei den Frauen sind es sogar 44%.

Die Verteilung der tatsächlichen Beitragsgrundlagen entlang von Lohnstufen bis zur Höchstbeitragsgrundlage wird für die Selbständigen seit dem Jahr 2006 in gleicher Art und Weise ermittelt wie für die Unselbständigen²⁸⁾. Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage im GSVG bei monatlich (einschließlich Sonderzahlungen) 1.668 € (1.278 € bei Frauen und 1.857 € bei Männern). Die durchschnittliche Beitragsgrundlage in der Land- und Forstwirtschaft lag um ein Viertel niedriger, sie betrug im Jahr 2008 monatlich 1.260 € (1.173 € bei Frauen und 1.333 € bei Männer). Die durchschnittlichen

²⁷⁾ Die Anzahl Pflichtversicherter in der Krankenversicherten ist geringer, als die Anzahl der Pflichtversicherten in der Pensionsversicherung.

²⁸⁾ BMASK, Beitragsgrundlagenstatistik nach Lohnstufen und Alter.

Beitragsgrundlagen im BSVG liegen deutlich unter den Einkünften aus Land und Forstwirtschaft gemäß Grünem Bericht: Hier lag im Jahr 2008 das Einkommen je Arbeitskraft im Unternehmenshaushalt bei 23.635 € (*Grüner Bericht*, 2009, S.226) und damit um knapp 50% höher als in der Beitragsgrundlagenstatistik.

Für das letzte zur Verfügung stehende Jahr zeigt sich eine Verteilungssituation gemäß der Beitragsgrundlagenstatistik, die gemessen am Gini-Koeffizienten mit 0,455 (GSVG) und 0,410 (BSVG) deutlich ungleicher ist als jene der Unselbständigen (0,320 vgl. Übersicht 6).

Die Quintilsgrenzen variieren stark zwischen Frauen und Männer. Bei den Beitragsgrundlagen der Gewerbetreibenden sind sie im 1. Quintil gleich hoch, ab dem 3. Quintil erreichen sie bei den Frauen nur noch die Hälfte der entsprechenden Quintilsgrenze der Männer. Die Quintilsgrenzen der BSVG-Versicherten fallen erst ab dem 4. Quintil auseinander, die Frauenquintilsgrenzen erreichen hier rund 80% der Männer.

Übersicht 13: Verteilung der Beitragsgrundlagen von Gewerbetreibenden und Land- und ForstwirInnen im Jahr 2008

2008	GSVG			BSVG		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
	<i>Einkommensanteile in %</i>					
1. Quintil	4,3	9,7	5,7	4,6	5,8	5,1
2. Quintil	7,5	7,0	6,0	8,9	9,2	9,9
3. Quintil	13,5	8,3	12,2	15,0	19,5	16,0
4. Quintil	27,2	22,1	26,2	25,2	19,6	22,7
5. Quintil	47,5	52,9	49,9	46,3	45,9	46,3
Gini-Koeffizient	0,439	0,457	0,455	0,412	0,404	0,410

Q: BMASK.

Insgesamt sind die Einkommen der Selbständigen gemessen an der Beitragsgrundlagenstatistik weniger breit gestreut als auf der Grundlage der Einkommenssteuerstatistik. Allerdings bilden die Beitragsgrundlagen die Einkommen im 1. und im letzten Quintil - aufgrund der vorhandenen Mindest- und Höchstbeitragsgrundlagen - weniger gut ab als Steuerstatistiken. Die hier berechneten Verteilungsmaße der Selbständigeneinkommen beruhen jedenfalls auf der gleichen Systematik als die Einkommen der unselbständig Beschäftigten und sind mit diesen vergleichbar. Der Vorteil der Beitragsgrundlagenstatistik liegt darüber hinaus in der erfassten Zugangsdynamik durch die Kennzeichnung der Mindestbeitragsgrundlagen bei Neugründungen.

4.3 Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen von Selbständigen

Mit den EU-SILC Daten (Statistics on Income and Living Conditions) ist es seit 2003 möglich, die Einkommenssituation der Selbständigenhaushalte nachzuzeichnen. Selbständige Haushalte

können in diesem Datensatz anhand von zwei Kriterien definiert werden. Zum einen über die Angabe des Status der Selbständigkeit und zum anderen über das Vorhandensein von Einkünften aus selbständiger Tätigkeit. Für die vorliegende Darstellung wurde das Kriterium der Einkünfte aus Selbständigkeit gewählt. Hat ein Haushalt ausschließlich Einkommen aus selbständiger Tätigkeit ist dieser ebenso in die Analyse eingeschlossen wie Haushalte die neben anderen Einkünften auch Selbständigeneinkünfte haben. Damit bezieht die Darstellung der Haushaltseinkommen auch Haushalte mit Mischeinkommen ein. Der Vorteil liegt in der systematischen Wiedergabe aller Selbständigeneinkommen in unbeschränkter Höhe.

Insgesamt ist die Anzahl der Haushalte mit Selbständigeneinkommen²⁹⁾ zwischen 2004 und 2008 um 15% auf knapp 620.000 Haushalte angestiegen. Im Durchschnitt lag das verfügbare Pro-Kopf-Nettoeinkommen³⁰⁾ (Äquivalenzeinkommen) dieser Haushalte bei monatlich 2.110 €, gegenüber 2004 ist das eine Zunahme von knapp 10%.

Die Einkommensverteilung wurde im Beobachtungszeitraum 2004 bis 2008 tendenziell ungleicher, wofür es in Übersicht 14 unterschiedlich starke Hinweise gibt. Der Einkommensabstand zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils (Interquartilsabstand) sank von 2004 auf 2006, die letzten beiden Beobachtungsjahre stieg er wieder an. Im Jahr 2008 lag die Grenze des 3. Quartils um 124% über der Grenze des 1. Quartils³¹⁾. Weniger stark veränderte sich diese Verteilung unter Berücksichtigung der Haushaltgröße bzw. Haushaltszusammensetzung. Die hier näherte sich die Einkommensgrenze des 3. Quartils an jene des 1. Quartils an und lag 2008 bei 93%.

Der Gini-Koeffizient für alle Haushalte mit Selbständigeneinkommen erhöhte sich um 2,6% von 0,340 (2004) auf 0,349 (2008), dazwischen war er allerdings auch rückläufig. Im selben Zeitraum verkleinerten sich die mit dem Gini-Koeffizienten gemessenen Einkommensungleichheiten der Haushalte ohne Selbständigeneinkommen um 1,5% (Übersicht 14).

Als letzte Maßzahl der Verteilungssituation ist die Einkommensverteilung nach Quintilen dargestellt. Die Zunahme des Nettoäquivalenz-Einkommensanteils im 1. Quintil um knapp einen Prozentpunkt von 7,2% (2004) auf 8,3% (2008) und eine entsprechende Abnahme im 5. Quintil von 41,4% (2004) auf 40,4% (2008) stellt einen Hinweis auf eine Reduktion der Ungleichverteilung dar.

²⁹⁾ Von einer weiteren Untergliederung der Selbständigeneinkommen (Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und selbständige Tätigkeit) und ihre Entwicklung und Verteilung wurde aus technischen Gründen verzichtet.

³⁰⁾ Die Einkommensangaben in der Befragungswelle 2008 stammen aus dem Jahr 2007.

³¹⁾ Die Grenze des 1. Quartils betrug 2.106 € im Monat (netto), die Grenze des 3. Quartils betrug 4.723 €.

Übersicht 14: Entwicklung der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen von Haushalten mit Selbständigeneinkommen

	2004	2005	2006	2007	2008
	Relative Interquartilsabstände ¹⁾ in %				
Nettohaushaltseinkommen	143	129	109	123	124
gewichtete Pro-Kopf-Nettoeinkommen	97	105	91	93	93
	Gini-Koeffizient				
Nettohaushaltseinkommen					
Haushalte mit Selbständigeneinkommen	0,340	0,346	0,327	0,339	0,349
Haushalte ohne Selbständigeneinkommen	0,318	0,308	0,312	0,317	0,313
	Einkommensanteile in %				
Netto-Äquivalenzeinkommen					
1. Quintil	7,2	7,4	8,6	8,3	8,3
2. Quintil	12,7	12,6	13,4	13,0	12,9
3. Quintil	16,5	16,5	17,3	16,7	16,8
4. Quintil	22,2	22,3	22,2	21,9	21,5
5. Quintil	41,4	41,1	38,6	40,1	40,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: EU-SILC 2004 bis 2008, (EU-SILC 2008 enthält die Einkommen des Vorjahres 2007) - ¹⁾ Interquartilsabstand: Differenz Obergrenze 3. Quartil / Obergrenze 1. Quartil.

4.4 Selbständigeneinkommen - Zusammenschau

Die Analyse der Einkommenssituation von selbständig Erwerbstätigen anhand von Administrativdaten (Einkommenssteuerstatistik, Beitragsgrundlagenstatistik) und Befragungsdaten (EU-SILC) zeigt folgende Ergebnisse:

- Selbständige mit zu versteuernden Einkommen (Einkommenssteuerstatistik) haben deutlich höhere Durchschnittseinkommen als unselbständig Beschäftigte (Lohnsteuerstatistik): Das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen der Steuerfälle in der Einkommenssteuerstatistik 2007 lag bei 40.500 € Bruttoeinkommen, die Bruttolohn- und Gehaltssumme der unselbständig Aktivbeschäftigten bei 33.000 € im Jahr. Die schwerpunktmäßigen Jahreseinkommen (brutto) waren höher als der Durchschnitt aller Einkommensarten in der Einkommenssteuerstatistik, sie betragen bei Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft 37.100 €, bei Gewerbebetrieb 44.000 € und bei Selbständigkeit im engen Sinn 65.800 €.
- Die schwerpunktmäßigen Selbständigeneinkommen gemäß Einkommenssteuerstatistik streuen stärker sowohl stärker als die Einkommen aller Einkunftsarten in der Einkommenssteuer, als auch stärker als die Einkommen der unselbständig Beschäftigten gemäß Lohnsteuerstatistik. Der Gini-Koeffizient bei Einkommen aus selbständiger Arbeit im engeren Sinn betrug 2007 0,552, bei Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft 0,512 und bei Einkommen aus Gewerbebetrieb 0,505. Der

vergleichbare Wert der unselbständig Beschäftigten (einschließlich Beamte und Beamtinnen) lag bei 0,446.

- Aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage sind sowohl die Einkommen (durchschnittliche Beitragsgrundlagen) als auch die Verteilung der Einkommen gemäß Beitragsgrundlagenstatistik für Gewerbetreibende und Land- und Forstwirte und Forstwirtinnen geringer. Gewerbetreibende hatten 2008 eine Beitragsgrundlage von jährlich knapp über 20.000 €, Land- und Forstwirte und Forstwirtinnen 15.100 €. Für Gewerbetreibende beträgt der Gini-Koeffizient 0,455, für landwirtschaftliche Einkommen 0,410.
- Die Einkommensverteilung der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen unterscheidet sich ebenfalls zwischen den Haushalten mit und ohne Selbständigeneinkommen. Die größere Ungleichverteilung drückt sich auch hier mit einem höheren Wert beim Gini-Koeffizienten aus: Bei den Haushalten mit Selbständigeneinkommen betrug er 2008 0,349, bei jenen ohne Selbständigeneinkommen betrug er 0,313. Im gesamten Beobachtungszeitraum 2004 bis 2008 lag der Wert bei den Haushalten ohne Selbständigeneinkommen unter jenem der Haushalte mit Selbständigeneinkommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Einkommensanalyse von selbständig Erwerbstätigen auf der Grundlage der Einkommenssteuerstatistik, der Beitragsgrundlagenstatistik und der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) Blitzaufnahmen aus dem Blickwinkel der jeweiligen Datenkonzepte sind. Diese Ergebnisse lassen sich – wegen der diskutierten konzeptionellen Unterschiede - nur mit Einschränkungen mit der Einkommensverteilung unselbständig Erwerbstätiger vergleichen. Insgesamt zeigte sich aber, dass die Selbständigeneinkommen im Durchschnitt höher und ungleicher verteilt sind als die Unselbständigeneinkommen.

Die vorhandenen Diskrepanzen, die Verteilung an den Rändern und die Überschneidungen (Mehrfachbeschäftigungsverhältnisse, Aufeinandertreffen mehrerer Einkommensquellen etc.) können mit den vorhandenen Datensätzen nicht ermittelt werden. Hierzu müsste auf der Grundlage einer Verknüpfung vorhandener Datenbestände weitere Analysen durchgeführt werden. Mit einer Verknüpfung der Einkommenssteuerdaten mit der Beitragsgrundlagenstatistik mehrerer Jahre könnte beispielsweise die Einkommenssituation von Neugründungen ebenso dargestellt werden wie die Einkommenssituation von steuerlichen Nullfällen bzw. Verlustfällen oder die Einkommensunterschiede selbständig Erwerbstätiger in den unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen. Eine Verknüpfung von Mikrozensusdaten mit der Einkommenssteuerstatistik würde eine Analyse der Einkommenssituation in Abhängigkeit mit der Qualifikationsstruktur ermöglichen. Insgesamt bräuchte es jedenfalls einen mehrjährigen Beobachtungszeitraum um die Ursachen der vorhandenen Einkommensunterschiede und der stärkeren Einkommensstreuung näher zu Quantifizieren.

5. Verteilung der Pensionseinkommen

In Österreich bildet das öffentliche Pensionssystem das wichtigste Instrument der ökonomischen Absicherung im Alter. Rund 90% der Pensionsleistungen stammen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung, die eine Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen im Rahmen der Allgemeinen Sozialversicherung darstellt. In der Pensionsversicherung der Unselbständigen hatten ein Achtel der Alterspensionistinnen und Alterspensionisten auch Einkommen aus Betriebspensionen³²⁾. Der Anteil der Anwartschaftsberechtigten in einer betrieblichen Altersvorsorge liegt gegenwärtig bei einem knappen Drittel, wobei die niedrigen Beitragssätze niedrige Betriebspensionen erwarten lassen (Url, 2009). Insgesamt kommt in Österreich der öffentlichen Säule der Absicherung – wie in kaum einem anderen Industrieland – eine große Bedeutung zu.

Die Pensionsversicherung folgt dem Prinzip der Lebensstandardsicherung. Von dem im Erwerbsleben erreichten Lebensstandard in Form von Erwerbseinkommen können – abhängig von den erworbenen Versicherungszeiten und dem Pensionsantrittsalter – maximal 80% als Erstpension in den Ruhestand mitgenommen werden. Personen, die einer kontinuierlichen Erwerbstätigkeit nachgehen oder in einer stabilen Partnerschaft mit einer versicherten Person leben, sind damit im Alter auch im internationalen Vergleich relativ gut abgesichert. Allerdings spiegeln sich die ungleichen Erwerbseinkommen und die ungleich langen Versicherungsverläufe in der Altersversorgung. Die Ungleichheit der Erwerbseinkommen wird in den Pensionsleistungen einerseits durch die Ausgleichzulage³³⁾, die – sobald ein Pensionsanspruch besteht – eine (einkommensgeprüfte) Mindestpension darstellt, und andererseits in der gesetzlichen Pensionsversicherung durch die Höchstbeitrags- bzw. Höchstbemessungsgrundlage³⁴⁾, die eine Höchstpension definiert, merklich abgemildert.

5.1 Verteilung der Pensionseinkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung

Die gesetzliche Pensionsversicherung umfasst die Pensionsversicherung der Unselbständigen³⁵⁾ und der Selbständigen³⁶⁾. Die Daten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (ohne Ruhe- und Versorgungsgenüsse von

³²⁾ Die durchschnittliche monatliche Betriebspension im Jahr 2007 betrug brutto 890 € (14-mal jährlich). Die starke Ausweitung der betrieblichen Altersvorsorge von 16% der Unselbständigen (2000) auf nunmehr knapp 32% (2007) geht auf Kosten der zukünftigen Pensionshöhe (Url, 2009).

³³⁾ Der Ausgleichszulagenrichtsatz beträgt im Jahr 2010 für Alleinstehende 783,89 € monatlich, 14-mal im Jahr (2009 772,40 €). 2009 wurden 11,2% aller Pensionen durch eine Ausgleichzulage ergänzt, wobei der Anteil bei den Waisenpensionen mit 30% am höchsten ist, gefolgt von den krankheitsbedingten Pensionen (19%), den Witwenpensionen (18%) und den Alterspensionen (5,3%).

³⁴⁾ Die Höchstbeitragsgrundlage beträgt im Jahr 2010 (monatlich) 4.110 € (2009: 4.020 €). Gemäß Lohnsteuerstatistik bezogen 0,9% der Pensionistinnen und 4% der Pensionisten im Jahr 2008 die Höchstpension.

³⁵⁾ Pensionsversicherungsanstalt (ArbeiterInnen und Angestellte), Versicherungsanstalt für Bergbau, Versicherungsanstalt für Eisenbahnen.

³⁶⁾ Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft, Sozialversicherungsanstalt der Bauern.

Beamten und Beamtinnen) folgen dem Konzept der Versicherungsverhältnisse: Hat eine Person sowohl eine Alterspension als auch eine Hinterbliebenenpension, dann werden in der Statistik beide Pensionen bzw. beide Pensionshöhen getrennt vermerkt. Damit sind Rückschlüsse auf das Versorgungsniveau der einzelnen Personen nur mit Einschränkungen möglich. Die Daten der gesetzlichen Pensionsversicherung eignen sich dennoch dazu, einige Veränderungen in der Pensionsstruktur und der Pensionseinkommen in der Vergangenheit darzustellen.

Eine personenbezogene Sonderauswertung der Pensionen zeigt, dass zum 1. Juli 2009 die Zahl der Pensionen mit 2,186 Mio. um 12,4% höher war als die Zahl der Pensionsbezieher und -bezieherinnen. Vor allem Frauen beziehen zwei oder mehr Pensionen, ihr Anteil liegt bei 18,1%, während nur 4,4% der Pensionisten einen Doppelpensionsbezug haben. Die häufigste Kombination ist der Bezug einer Eigenpension mit einer Witwenpension. Von 430.066 Witwen erhielten 52,8% ausschließlich eine Witwenpension und 47,2% eine weitere Pensionsleistung (meist Eigenpension) (Haydn, 2010).

Die Pensionsreformen seit Mitte der neunziger Jahre waren durch eine Abschwächung des Solidaritätsprinzips und eine Stärkung des Versicherungsprinzips – also einer stärkeren Abhängigkeit der Pensionen von der individuellen Höhe und Dauer der Beitragsleistung – gekennzeichnet. Die Verteilung der Pensionseinkommen dürfte damit langfristig die Ungleichheiten der Einkommenssituation und der Arbeitsmarktintegration einzelner Beschäftigtengruppen verstärkt wiedergeben.

In Übersicht 15 ist die Quintilverteilung der Alterspensionen auf Basis der Daten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger. Die Alterspensionen aus der Sozialversicherung sind aufgrund der vorhandenen Höchstpension³⁷⁾ weniger ungleich verteilt als die Lohnsteuerpflichtigen Einkünfte der Pensionistinnen und Pensionisten insgesamt (vgl. Übersicht 17).

Die Verteilung der Pensionseinkommen zwischen den Geschlechtern entlang der Quintile zeigt, dass ein größerer Anteil der Frauenpensionseinkommen auf das 5. Quintil entfallen. Die Quintilsgrenzen der Alterseinkommen unterscheiden sich zwischen Frauen und Männer – so wie die durchschnittlichen Pensionseinkommen - erheblich: Im Jahr 2008 erreichte die durchschnittliche Sozialversicherungspension der Frauen knapp 60% der Männerpension. Diese Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bleiben über die Verteilung etwa gleich, sie sind an der Grenze zwischen 1. und 2. Quintil gleich groß wie zwischen dem 3. und 4. Quintil.

³⁷⁾ Die Höchstpension (brutto, im Ausmaß von 80% der Höchstbemessungsgrundlage) in der gesetzlichen Alterssicherung (ASVG, GSVG, BSVG) beträgt im Jahr 2010 monatlich (12-mal) 3.483,83 € (Bemessungszeit 180 Monate) bzw. 3.297,55 € (Bemessungszeit 264 Monate). Im Jahr 2009 betrug die Höchstpension 3.329,88 € (Bemessungszeit 180 Monate) bzw. 3.174, 12 € (Bemessungszeit 264 Monate).

Das Verteilungsmaß des Gini-Koeffizienten zeigt, dass die Verteilung der Alterseinkommen in der Sozialversicherung gegenüber 1995 ungleicher geworden ist, er stieg von 0,339 auf 0,374 (2009). Insgesamt ist die Ungleichheit der Pensionseinkommen bei Frauen größer als bei Männern. Das Verteilungsmaß zeigt aber eine stärkere Zunahme der Ungleichheit bei den Männern, der Gini-Koeffizient stieg in den vergangenen 14 Jahren von 0,263 auf 0,312 an. Die Ungleichheit bezieht sich hier auf Versicherungsverhältnissen und nicht auf Köpfe³⁸⁾.

Übersicht 15: Verteilung der Pensionseinkommen gemäß Sozialversicherungsdaten

	1995	2000	2005	2008	2009
	In %				
Männer					
1. Quintil	5,4	4,4	3,3	3,0	2,9
2. Quintil	14,2	16,1	14,0	13,7	14,9
3. Quintil	22,0	23,6	23,3	22,4	19,9
4. Quintil	27,1	34,7	27,6	25,3	29,0
5. Quintil	31,2	21,4	31,9	35,5	33,2
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Gini-Maß	0,263	0,251	0,307	0,312	0,312
Frauen					
1. Quintil	5,1	4,9	4,5	4,9	4,7
2. Quintil	12,4	13,9	13,7	11,6	11,3
3. Quintil	19,5	16,1	18,3	19,0	18,5
4. Quintil	23,5	24,6	21,9	24,9	24,8
5. Quintil	39,5	40,4	41,7	39,5	40,6
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Gini-Maß	0,337	0,336	0,352	0,356	0,357
Gini-Gesamt	0,339	0,330	0,369	0,373	0,374
Gesamt					
1. Quintil	4,6	4,7	3,7	3,9	3,8
2. Quintil	11,8	12,2	10,3	10,4	10,2
3. Quintil	19,7	18,6	20,1	17,5	19,3
4. Quintil	26,9	27,1	26,4	27,6	27,3
5. Quintil	36,9	37,3	39,5	40,6	39,4
Summe	100	100,0	100,0	100,0	100,0
Gini-Maß	0,339	0,330	0,369	0,373	0,374

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

³⁸⁾ Die Zahl der Pensionen war 2009 um 12,4% höher als die Zahl der Personen.

5.2 Pensionshöhe in der gesetzlichen Pensionsversicherung nach Altersgruppen

Der größte Teil der Pensionsneuzugänge erfolgt in Österreich vor dem Regelpensionsalter. Rund $\frac{3}{4}$ aller Direktpensionen werden vor dem Regelpensionsalter in Form von vorzeitigen Alterspensionen oder Invaliditäts-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitspensionen beansprucht. Rund ein Viertel der Direktpensionisten und -pensionistinnen tritt zum Regelpensionsalter in den Ruhestand ein, wobei hier der Anteil bei Frauen aufgrund der fehlenden Versicherungszeiten bei insgesamt 42% liegt und der vergleichbare Wert bei Männern 15% beträgt.

Die sogenannte „Reifung“ des Alterssicherungssystems, womit die steigende Zahl an Pensionsübertritten mit langen Versicherungszeiten und hohem Einkommen bezeichnet wird, zeigte sich in der jüngsten Vergangenheit³⁹⁾ durch zwei Sachverhalte. Zum einen ist der Eigenpensionsanteil bei den 60- bis 69-Jährigen höher als bei den Hochbetagten. Insbesondere die höhere Frauenerwerbsbeteiligung⁴⁰⁾ ermöglicht einer steigenden Anzahl von Frauen eine Alterspension. Zum anderen sind aufgrund der längeren Erwerbsverläufe die Durchschnittspensionen bei den jüngeren Pensionisten und Pensionistinnen höher als bei den Hochbetagten.

In Übersicht 16 sind die Durchschnittspensionen verschiedener Altersgruppen dargestellt. Die Invaliditätspensionen der 80-Jährigen und Älteren sind um rund $\frac{1}{4}$ niedriger als jene der 60- bis 69-Jährigen; diese Differenz ist bei den hochbetagten Frauen mit fast 30% höher als bei den Männern. Weniger stark, aber immer noch um ein Fünftel, unterscheiden sich die Alterspensionen der Hochbetagten von den jüngeren Pensionisten und Pensionistinnen. Die Witwenpensionen der über 80-jährigen Frauen liegen um knapp 6%, jene der Witwer um knapp 10% niedriger als in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen.

Bei allen Direktpensionen erreichen die Frauenpensionen nur zwischen 50% (Invaliditätspensionen) und 58% (Alterspensionen) der Männerpensionen. Einzig die Hinterbliebenenleistungen an Frauen, die sich am Einkommen bzw. an der Pension des Verstorbenen orientieren, sind für Frauen mehr als doppelt so hoch wie für Männer.

In allen Altersgruppen sind sowohl die Invaliditäts- wie auch Alterspensionen der vormals unselbständig Erwerbstätigen höher als jene der Selbständigen, die davon abgeleiteten Hinterbliebenenpensionen folgen ebenfalls diesem Muster.

³⁹⁾ Die veränderten Zugangsbedingungen in den vergangenen Pensionsreformen wie beispielsweise die schrittweise Einführung der Pensionshöhenberechnung auf der Grundlage des gesamten Lebenseinkommens (Stichwort lebenslange Durchrechnung), wird diese Reifungsprozesse verlangsamen.

⁴⁰⁾ Im Jahr 1985 lag die Frauenerwerbsquote bei 52,5% und stieg bis 2005 um knapp 10 Prozentpunkte auf 62,3% an.

Übersicht 16: Monatliche Durchschnittspensionen (einschließlich Sonderzahlungen), brutto, nach Altersgruppen und Versicherungsanstalt, 2009

	Invaliditätspensionen		Alterspensionen		Hinterbliebenenpensionen ¹⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in €					
Insgesamt						
60- bis 69-Jährige	1207,2	687,0	1619,6	910,8	312,9	651,5
70- bis 79-Jährige	1107,2	539,2	1321,7	746,7	276,4	655,5
80-Jährige und älter	1008,8	473,6	1242,4	710,7	271,0	643,7
Unselbständige						
60- bis 69-Jährige	1221,5	722,8	1629,8	922,1	315,9	652,1
70- bis 79-Jährige	1133,5	581,9	1321,2	757,6	281,4	660,7
80-Jährige und älter	1045,7	518,3	1257,2	718,3	281,9	652,1
Selbständige						
60- bis 69-Jährige	1124,3	571,2	1555,6	827,0	291,9	647,3
70- bis 79-Jährige	998,6	444,6	1324,1	682,9	256,3	631,8
80-Jährige und älter	895,7	408,6	1183,4	657,4	234,0	611,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Durchschnittlicher Monatsbruttobezug inklusive Sonderzahlungen - 1) Ohne Waisenpensionen.

5.3 Verteilung der Pensions- und Ruhegenusseinkommen

Die Lohnsteuerstatistik bietet ein umfassendes Bild der Verteilung der Alterseinkommen. Die Daten aus der Sozialversicherung sind zwar aktueller, berücksichtigen aber ausschließlich Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung, die durch die Höchstbeitragsgrundlage gedeckelt sind. Die Erfassung folgt dem Versicherungskonzept. Personenbezogene Daten und auch die Geldleistungen an Beamte und Beamtinnen in Ruhe finden sich nur in der Lohnsteuerstatistik wie auch Einkünfte aus Privatpensionen oder sonstige lohnsteuerpflichtige Einkommen an Pensionisten und Pensionistinnen erfasst sind. Die Lohnsteuerstatistik liegt bis zum Jahr 2008 vor. Insgesamt bedeuten die Einkommensunterschiede des privaten und öffentlichen Sektors wie auch die unterschiedlichen Prinzipien der Alterssicherung (mit und ohne Höchstbeitragsgrundlage) ein differierendes Sicherungsniveau im Alter. Die durchschnittliche Höhe der Altersleistung von Beamten bzw. Beamtinnen betrug 2008 brutto 2.240 € bzw. 1.860 € im Monat (12-mal), in der gesetzlichen Pensionsversicherung hatten Männer einen durchschnittlichen monatlichen Pensionsbezug von 1.300 € und Frauen in der Höhe von 920 €.

Übersicht 17 stellt die Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Pensionseinkommen der gesetzlichen Pensionsversicherung jene der Beamtinnen und Beamten gegenüber. Werden die Personen in fünf gleich große Gruppen geteilt und ihr jeweiliger Anteil am entsprechenden Pensionseinkommen verglichen, zeigt sich, dass die Einkommensanteile bei

den Ruhegehüßen weniger stark streuen als bei den Alterspensionisten und Alterspensionistinnen in der gesetzlichen Pensionsversicherung. Auf das unterste Fünftel entfallen im letztgenannten Bereich 2,8% der Pensionseinkommen, bei den Beamten und Beamtinnen sind es 9%. Auf das oberste Fünftel mit den höchsten Pensionseinkommen entfielen 2008 knapp 44% der SV-Pensionszahlungen und knapp 36% bei den Beamten und Beamtinnen. Der Gini-Koeffizient liegt bei den Beamten und Beamtinnen mit 0,263 deutlich unter dem Wert der Pensionseinkommen ohne Ruhebezüge von 0,409. Trotz der aus der Höchstbeitragsgrundlage abgeleitete Höchstpension in der gesetzlichen Pensionsversicherung sind hier die Unterschiede der Alterseinkommen deutlich stärker ausgeprägt als bei den Ruhebezügen der Beamteten. Die Einkommen der Beamtinnen sind allerdings ungleicher verteilt als der bei den Beamten, ihr Gini-Koeffizient beträgt 0,264, jener der Beamten 0,246. Diese Ungleichheit ist in der gesetzlichen Pensionsversicherung zwar auch gegeben, allerdings etwas geringer. Der Gini-Koeffizient der Frauen liegt hier bei 0,397 und jener der Männer bei 0,380.

Übersicht 17: Verteilung der Pensionseinkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung und bei Beamten und Beamtinnen gemäß Lohnsteuerstatistik 2008

	BeamtInnen in Ruhe			PensionistInnen ohne BeamInnen		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1. Quintil	9,0	9,9	8,6	2,8	2,8	3,1
2. Quintil	14,2	14,3	14,0	11,2	12,3	11,7
3. Quintil	18,1	17,6	18,5	16,9	18,7	17,3
4. Quintil	22,9	22,6	23,6	25,2	25,2	24,0
5. Quintil	35,8	35,0	35,2	43,9	41,1	43,8
Gini-Maß	0,263	0,246	0,264	0,409	0,380	0,397

Q: Statistik Austria.

6. Zusammenfassung

Die Entwicklung des Volkseinkommens und seiner Verteilung verlief in der letzten Dekade außergewöhnlich volatil. Der Lohnanteil am Volkseinkommen ging in der Phase schwacher Konjunktur 2002/04 und zunächst auch in der Hochkonjunktur 2004/07 kräftig zurück; hingegen erhöhte er sich in der großen Rezession 2008/09 merklich. Die unbereinigte Lohnquote sank von 71,9% im Jahr 2000 auf 66,9% im Jahr 2006. In der Rezession stieg die Lohnquote einerseits wegen des tiefen Einbruchs von Produktion und Gewinnen und andererseits wegen der mit Verzögerung reagierenden Lohnabschlüsse (2009: 70,9%). Im Durchschnitt der Jahre 2001 – 2009 stiegen die Arbeitnehmerentgelte mit nominell +3,2% pro Jahr deutlich langsamer als die Gewinn- und Vermögenseinkommen (+4% pro Jahr). Vieles deutet darauf hin, dass vor allem die Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung) besonders kräftige Zuwächse verzeichneten. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des fortschreitenden Prozesses der Globalisierung ist für die nächsten Jahre absehbar, dass sich der seit drei Jahrzehnten anhaltende Trend eines Rückgangs des Lohnanteils am Volkseinkommen nach der Krise weiter fortsetzt.

Die verhaltene Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte spiegelt sich auch in den Nettobezügen der unselbständig Beschäftigten. Laut Lohnsteuerstatistik stiegen die realen Nettoeinkommen der ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten Männer in der Periode 2003/2008 um 3,1%, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 0,1% entspricht. Die jüngsten Daten bestätigen, dass der Trend hin zu einer steigenden Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen unselbständig Beschäftigter weiterhin anhält. So stieg der Gini-Koeffizient der lohnsteuerpflichtigen Einkommen aller Arbeitnehmer zwischen 1995 und 2008 um 9,2%. Diese Zunahme in der Ungleichheit der Einkommen geht zum Teil auf strukturelle Änderungen und auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurück. Doch auch der Gini-Koeffizient für Männer mit ganzjähriger Beschäftigung nahm im gleichen Zeitraum um 8,2% zu, in der Periode 2005/2008 betrug der Anstieg 3,5%. Aus den verfügbaren Daten zu den Haushaltseinkommen lassen sich dagegen keine stark profilierten Trends erkennen. Anders als die Einkommensverteilung auf Personenebene scheint jene auf der Haushaltsebene - insbesondere in einer äquivalisierten Betrachtung - in den letzten beiden Jahrzehnten nicht ungleicher geworden zu sein. Ein überdurchschnittlicher Anstieg der Zahl der Beschäftigten pro Haushalt in den unteren Einkommenschichten dürfte die steigende Einkommensungleichheit auf personeller Ebene zumindest teilweise kompensiert haben. Allerdings bezieht sich dieses Ergebnis in erster Linie auf Haushalte mit unselbständig Beschäftigten. Die Einkommensposition der Selbständigen sowie die Bedeutung von Einkünften aus Kapital und Vermögen kann anhand der verfügbaren Umfragedaten nicht ausreichend beleuchtet werden, um gut fundierte Aussagen über die gesamte österreichischen Bevölkerung zu rechtfertigen.

Erstmals wurde die Einkommensentwicklung und Verteilung selbständig Erwerbstätiger anhand unterschiedlicher Datengrundlagen analysiert. Es zeigt sich, dass die steuerrechtlich, sozialrechtlich und betriebswirtschaftlich definierten Einkommensbegriffe der Selbständigen nur einen eingeschränkten Vergleich mit den Unselbständigeneinkommen zulassen. Insgesamt liegen die Selbständigeneinkommen (Gewerbetreibende und Selbständige im engen Sinn) im Durchschnitt deutlich höher als die Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten. Höher ist allerdings auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung: Die Selbständigeneinkommen gemäß Einkommenssteuerstatistik und Beitragsgrundlagenstatistik streuen breiter als jene der unselbständig Erwerbstätigen. Diese Einkommensdifferenzen setzen sich auch auf der Haushaltsebene fort: Die Nettoeinkommen der Haushalte mit Selbständigeneinkünften sind ungleicher verteilt als jene ohne Selbständigeneinkünfte. Die Stärkung des Versicherungsprinzips wie auch die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sind mit einer stärkeren Streuung der Pensionseinkommen verbunden. Zwischen 2000 und 2009 erhöhte sich der Gini-Koeffizient um knapp 13%.

Literatur

- Acemoglu, D., "Technical Change, Inequality, and the Labor Market", *Journal of Economic Literature*, 2002, XL(1), S. 7-72.
- Atkinson, A.B., "The distribution of earnings in OECD countries", *International Labour Review*, 2007, 146(1-2), S. 41-60.
- Bach, S., Corneo, G., Steiner, V., "From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany", 1992-2001 IZA Discussion Paper, April 2007, (2723).
- Breuss, F., "Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution", WIFO-Working Papers, Juni 2007, (296).
- Bundeskanzleramt, Das Personal des Bundes 2009. Daten und Fakten, Wien, 2009.
- Chaloupek, G., Russinger, R., Zuckerstätter, J., „Strukturveränderungen und funktionale Einkommensverteilung in Österreich“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2008, 34(1).
- Dustmann, C., Ludsteck, J., Schönberg, U., "Revisiting the German Wage Structure, *Quarterly Journal of Economics*", 2009, 124(2), S. 843-881.
- Ederer S., Marterbauer M., Scheiblecker M., „Konjunkturaufschwung 2005/2007 kürzer als im letzten Zyklus“, in *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung*, 2008, 81 (2).
- Ederer S., *Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Österreich und den Niederlanden*, Marburg 2008.
- Ederer S., „Ungleichgewichte im Euro-Raum“, in *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung*, 2010, 83(7).
- Europäische Kommission, *Employment in Europe, Report*, 2007, http://ec.europa.eu/employment_social/employment_analysis/eie/eie2007_key_en.pdf.
- Geisberger, T., „Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede“, *Statistische Nachrichten*, 2007, (7).
- Grünberger, K., Zulehner, Ch., „Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Österreich“, *WIFO-Monatsberichte*, 2009, (2).
- Guger, A., „Umverteilung durch den Staat in Österreich“, *WIFO-Monatsberichte*, 1996, (10).
- Guger A., Knittler K., „Entwicklung und Verteilung der Einkommen“, in *Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK), Sozialbericht 2007 – 2008*, Wien 2009.
- Guger, A., Marterbauer, M., „Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich — ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen“, *WIFO-Working Papers*, November 2007, (307).
- Guger, A., Leoni, T., „Die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Oberösterreich“, *WIFO Monographien*, Wien, Juli 2008.
- Guger, A., Marterbauer, M., „Umverteilung durch den Staat“, *WIFO-Monatsberichte*, 2009, (11).
- Hadler, M., „Determinanten des Individualeinkommens abhängiger Erwerbstätiger in Österreich. Ein Vergleich von 1986, 1993 und 2004“, in *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2005, (1), S. 81ff.
- Haydn, R., *Die österreichische Sozialversicherung im Jahre 2009*, in *Soziale Sicherheit*, Juni 2010.
- Immervoll, H., Kleven, H.J., Kriener, C.T., Saez, E., "Welfare reform in European Countries: A Microsimulation Analysis", *The Economic Journal*, January 2007, 117(516).
- Internationaler Währungsfonds (IWF), *World Economic Outlook. Spillovers and Cycles in the Global Economy*, Washington, D.C., 2007, <http://imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/index.htm>.
- Katz, L., Autor, F., David, H., "Changes in the wage structure and earnings inequality", in *Ashenfelter, O., Card, D. (Hrsg.), Handbook of labor economics*, Amsterdam, Elsevier, 1999, 3A., S. 1463–1555.

- Lebensministerium (2009), Güter Bericht 2009, Wien, 2009, www.gruenerbericht.at
- Lehner, G., Die Steuerreform 1988, WIFO-Monatsberichte, 1988, (11).
- Leigh, A., „Top Incomes“, in Salverda, W., Nolan, B., Smeeding, T. (eds.), Handbook on Economic Inequality, Oxford, Oxford University Press, 2009, S. 150-176.
- Lutz, H., Verdienstenfall von Frauen mit Kindern, WIFO-Monatsberichte, 2003, (10).
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, WIFO-Monatsberichte, 2003, (2), S. 151ff.
- Ochsen, C., Welsch, H., "Technology, Trade and Income Distribution in West Germany: A Factor-Share Analysis, 1976-1994", Journal of Applied Economics, 2005, 8(2), S. 321-345.
- Pollan, W., "Lohndrift und Lohnunterschiede in der Industrie seit 1981", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(3), S. 179-187, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=19697&display_mode=2.
- Pollan, W., How large are wage differentials in Austria?, *Empirica*, 2009, 36(4), S. 389-406.
- Rechnungshof, Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, getrennt nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen für die Jahre 2006 und 2007 „Allgemeiner Einkommensbericht 2008“, 2009, <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/einkommensbericht-20081.html>.
- Rodrik, D., Has Globalisation gone too far?, Institute for International Economics, 1997.
- Scheiblecker M. et al., „Österreichs Wirtschaft im Jahr 2009: Schwerste Krise seit über 60 Jahren“, in Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 2010, 83(4).
- Schweitzer, T., „Einkunftsentwicklung und –verteilung gemäß Einkommenssteuerstatistik“, in Wirtschaft und Gesellschaft, 2006, 32(2), S. 167-190.
- Statistik Austria (2009A), Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Ergebnisse aus EU-SILC 2007, Wien, 2009.
- Statistik Austria (2009B), „Einkommenssteuerstatistik 2006“, in Statistische Nachrichten, 2009, (3), S. 256-271.
- Statistik Austria (2009C), „Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens 2008“, in Statistische Nachrichten 2009, (9), S. 778-789.
- Statistik Austria, Statistik der Einkommenssteuer 2007, Wien, 2010.
- Stockhammer, E., "Determinants of Functional Income Distribution in OECD Countries", IMK Studies, 2009, (5).
- SVA, Jahresbericht der SVA der Gewerblichen Wirtschaft 2008, Wien 2009.
- Url, Th., „Die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich 2007“, WIFO-Monografie, September 2009.